Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 291. Montag, den 13. Dezember 1920. 27. Jahrgang.

Das Verhängnis der Generalspolitik.

Von Dr. Ernst Bremer.

In Frankreich ist vor kurzem ein Buch erschienen, das geeignet ist, auch das Interesse der deutschen Oeffentlichkeit in allerstarkstem Maße zu fesseln. Es hat den Journalisten Jean de Pierrefeu zum Verfasser, der zu Beginn des Krieges einen Ruf ins Große französische Hauptquartier erhielt und dort mit der Aufgabe betraut wurde, den täglichen Generalstabsbericht für die Presse abzufassen. Der etwas rätselhafte Titel des Buches lautet „G. Q. G."; es ist dies die während des Krieges üblich gewesene offizielle Abkürzung für das große Hauptquartier. (Grand Quartier General). Jean de Pierrefeu, der nicht nur ein guter Journalist, sondern offenbar auch ein glänzender Beobachter ist, verrät in seinem Buche eine derart vertraute Kenntnis der militärischen und politischen Angelegenheiten, daß man nur zu gut begreift, warum das Buch in Frankreich und anderswo als ungeheuere Sensation wirkte und noch wirkt. Eine Berliner Zeitung hat es dankenswerterweise unternommen, der deutschen Oeffentlichkeit längere Auszüge daraus vorzulegen, und man kann nur sagen, was bisher daraus bekannt geworden ist, ist ein geradezu klassisches Zeugnis dafür, wie Deutschlands militärische Führung und Politik in den entscheidenden Wendepunkten des Krieges vollkommen versagt hat.

Noch immer erzählen die Kreise, die ein Interesse daran haben, die volle und furchtbare Wahrheit nicht an den Tag kommen zu lassen, dem deutschen Volke das Märchen, der Krieg sei durch das Verhalten der Heimat so schmählich verloren gegangen. Eine größere Lüge ist niemals in die Welt gesetzt worden. Wer das noch nicht glauben will, der braucht nur das Buch des Verfassers der französischen Generalstabsberichte zu lesen, und er wird Beweise in Hülle und Fülle finden, daß einzig und allein die Tatsache, daß das deutsche Volk widerspruchslos den Generalen auch die politische Führung überließ, die deutsche Katastrophe restlos verschuldet hat. Es ist die Generalpolitik gewesen, die Politik der Hindenburg, Ludendorff, Hoffmann usw., die uns den Verlust des Krieges eingebracht hat.

Ende 1917, so berichtet der Franzose, waren Franzosen und Engländer mit ihrem Mannschaftsersatz zu Ende. Die numerische Ueberlegenheit der Deutschen — 270 deutschen Divisionen standen zu diesem Zeitpunkte nur noch 200 englisch-französische Divisionen gegenüber — brachte dem französischen Hauptquartier die allgemeine Ueberzeugung bei, daß Deutschland diese selten günstige Lage im Sinne eines Friedensschrittes ausnutzen würde. „Viele Offiziere dachten daß der Feind jetzt, wo Rußland ihm auf Gnade und Ungnade ausgeliefert war, eine zu schöne Gelegenheit zur Erreichung eines ehrenvollen Friedens habe, um sie nicht auszunützen. Mit Rücksicht auf seine Ueberlegenheit in diesem Augenblick konnte niemand ihn anschuldigen, daß er den Frieden aus Schwäche suche. Würden die Völker einem Ausgleichsvorschlag widerstehen können, der einen Teil der Forderungen der Alliierten bewilligte und dessen Zurückweisung die Alliierten vor die Notwendigkeit stellte, Deutschland, das mächtiger war als je zuvor, bis auf den Tod zu bekämpfen? Würden auf der anderen Seite unsere Feinde, wenn sie vernünftig wären, diese Lösung nicht der Ungewißheit des Erfolges, der wachsenden Verelendung ihres Landes einem blutigen Kampfe vorziehen, der sie hunderttausende von Menschen kosten mußte? Da die deutsche Offensive immer länger auf sich warten ließ, schien es, daß diese Erwägungen sich bewahrheiten sollten. Und in der Tat, **wenn Deutschland eine Regierung gehabt hätte, die diesen Namen verdiente — es hätte eine solche Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, den Krieg in Schönheit zu enden."**

Diese und zahlreiche andere Stellen des Buches Pierrefeus bilden den unwiderleglichen Beweis dafür, daß der französische Generalstab und das Hauptquartier zu Anfang des Jahres 1918 mit einem annehmbaren Friedensangebot Deutschlands bestimmt rechneten. Daß diese glänzende Gelegenheit, einen billigen und ehrenvollen Frieden zu schließen, wieder einmal von der deutschen Regierung verpaßt wurde, ist ganz ausschließlich den Generalspolitikern vom Schlage Ludendorffs zu verdanken, die in wahnsinniger Verkennung dessen, was eine überlegte und erfolgversprechende deutsche Politik in diesem Zeitpunkt hätte erreichen können, sich vom militärischen Machtwahn hatten blenden lassen und einzig und allein ihre Sache auf Kanone und Säbel stellten. Freilich, es gab im französischen Generalstab — das erfahren wir von Jean de Pierrefeu — auch Offiziere, namentlich die Mitglieder der Operationsabteilung, die ihre deutschen Kollegen psychologisch sehr richtig einschätzten. Sie sagten, „die Deutschen werden unfehlbar angreifen. Sie sind vor allem Militärs, **und die Militärs führen alles in Deutschland. Niemals wird ein Militär, der eine solche Kriegsmacht in Händen hat, dem Wunsche widerstehen, sich ihrer zu bedienen."**

Leider haben die Herren der französischen Operationsabteilung mit ihrem Urteil nur zu sehr recht behalten. Die deutschen Militärs, Ludendorff an der Spitze, machten den Abschluß eines Ausgleichsfriedens unmöglich, denn sie hatten sich für die Offensive entschieden, die, wie heute jedes Kind weiß, Deutschland das Genick gebrochen hat. Und da gibt es sonderbarerweise in Deutschland immer noch Leute, die behaupten, daß „Ludendorff ein Feldherr ist, wie das deutsche Volk nur wenige gehabt hat, **und wie es sie in Zukunft dringend braucht."** So zu lesen in der „Deutschen Zeitung" vom 10. d. Mts.

Daß es unverbesserliche Narren gibt, die noch immer dem General Ludendorff nachtrauern und ihn anhimmeln, obwohl es heute eine durch keine noch so dickleibigen „Kriegserinnerungen" oder das Geschreibsel irgendwelcher Militärschriftsteller hinwegzudisputierende Tatsache ist, daß dieser General Deutschland in eine in der Weltgeschichte beispiellose Zusammenbruchskatastrophe hineingeführt hat, können wir nicht ändern. Das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit aber verzichtet, das muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, dankend auf die „Genialität" eines Ludendorff und hat in Zukunft alles andere dringender nötig, als Feldherren, die es im Kriege reichlich und übereichlich genossen hat, und deren „Leistungen" es mit Unterzeichnung des Versailler Vertrages hat bezahlen müssen.

Welche **grundsätzlichen** Lehren ergeben sich daraus? Die, **daß in Deutschland mit der Generalspolitik ein für allemal und entschieden aufgeräumt werden** muß. Wo immer Generäle auch in der Politik das Heft in die Hand nahmen, haben sie Unheil über Unheil angerichtet und sind schließlich kläglich gescheitert. Siehe Ludendorff, siehe Judenitsch, Koltschak, Denikin, Wrangel e tutti quanti. Ehe nicht der Generalsrock endgültig aus der großen Politik verschwunden ist und der politisierende General nur noch ein Museumstyp ist, wird Europa Frieden, Ruhe und Ordnung nicht wieder finden können.

Austritt Chiles aus dem Völkerbund?

TU Santiago, 12. Dezember. Die chilenische Regierung hat für morgen eine Konferenz der Parteiführer einberufen, die darüber entscheiden sollen, ob Chile dem Beispiele Argentiniens folgen und aus dem Völkerbunde austreten wird.

Die bolschewistischen Gefangenenlager in Deutschland.

Durch die Rechtspresse wird seit längerer Zeit ein großer Enthüllungsfeldzug wegen der Zustände in den Kriegsgefangenen-Lagern betrieben, der in den nächsten Tagen durch eine Interpellation im Reichstage gekrönt werden soll. Bekanntlich sind im Sommer dieses Jahres Teile der Roten Armee nach Deutschland abgedrängt worden und in deutschen Gefangenenlagern untergebracht worden. Sie werden dort in geschlossenen Verbänden zusammengehalten und genießen eine Art Selbstverwaltung, genau wie das während des Krieges in allen Gefangenenlagern war. Es ist sehr wohl möglich, daß die bolschewistischen Kommissare, die bei den Truppen sind, dort weiter Propaganda treiben, und es ist schwer einzusehen, wie die deutsche Regierung das verhindern könnte. Schließlich gab es selbst während des Krieges kein Mittel dagegen, daß die Belgier, Franzosen und Engländer in den Gefangenenlagern sich gegenseitig in ihrem nationalen Bewußtsein stärkten.

Eine Gefahr läge darin nur, wenn die Darstellung der Rechtspresse zutreffend wäre, daß diese internierten Rotgardisten enge Fühlung mit den deutschen Kommunisten unterhielten und sich darauf einrichteten, im gegebenen Augenblick als rotes Hunderttausend-Mann-Heer zur Verfügung zu stehen. Für eine solche Absicht liegen indessen keinerlei Anhaltspunkte vor. Auch die russischen Kriegsgefangenenkommissare, mögen sie an sich mehr oder minder wünschenswerte Gäste sein, haben bisher jeden Versuch auch nur der geringsten Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse sorgfältig vermieden. Unter diesen Umständen fehlt es für ein Vorgehen an rechtmäßigen Gründen.

Die Bewachung der Gefangenenlager ist freilich recht unzureichend. Die Reichswehr — wozu besteht sie überhaupt? — hat es abgelehnt, an dieser Aufgabe mitzuwirken. So liegt die Ueberwachung der Gefangenenlager Leuten ob, die auf Zivilvertrag angestellt sind und das Recht der Polizeibeamten zum Waffengebrauch in Notwehr erhalten haben. Dieses Recht ist in letzter Zeit ein wenig erweitert worden, aber eine vollständige Ueberwachung konnte bisher nicht durchgeführt werden.

Der entscheidende Gesichtspunkt für die Behandlung dieser Frage ist jedenfalls die Rücksicht auf die deutschen Kriegsgefangenen, die noch in Rußland und Sibirien weilen. Wegen einiger Maßnahmen der bayerischen Regierung hat die russische Sowjet-Regierung bereits angeordnet, daß die bayerischen Kriegsgefangenen bis auf weiteres vom Rücktransport nach Deutschland ausgeschlossen bleiben. Es besteht die Gefahr, daß die übrigen deutschen Kriegsgefangenen ebenfalls darunter leiden, wenn gegen die hier internierten Rotgardisten sachlich unbegründete Maßnahmen durchgeführt werden. Deshalb wäre es nicht zu verantworten, wenn man aus übertriebener Bolschewistenfurcht zu irgendwelchen besonderen Beschränkungen der persönlichen Freiheit und Bewegungsmöglichkeit der Rotgardisten griffe. Schließlich müßten für eine solche deutschnationale Heldentat die armen deutschen Kriegsgefangenen in Rußland, die schon genug gelitten haben, durch Verlängerung und Verschärfung ihrer Haft die Kosten bezahlen.

Die internationalen Arbeiterschutzkonventionen im Reichswirtschaftsrat.

TU. Berlin, 11. Dezember. Die Hauptversammlung der internationalen Organisation der Arbeit, deren Mitglied Deutschland ist, hat auf ihrer ersten Tagung in Washington im November 1919 eine Reihe von internationalen Uebereinkommen beschlossen, die jetzt von uns ratifiziert werden sollen. Sie wurden daher mit einem dementsprechenden Gesetzentwurfe vom Reichsarbeitsministerium dem sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats zur Begutachtung überwiesen und von diesem in seiner heutigen Nachmittagssitzung beraten. Der Vorsitzende, Abg. Umbreit, wies als Berichterstatter darauf hin, daß die Beschlüsse der Washingtoner Konferenz nichts Neues enthalten, sondern nur Arbeiterschutzbestimmungen, wie sie von den internationalen Gewerkschaftsorganisationen schon immer gefordert und **in Deutschland bis auf Kleinigkeiten längst verwirklicht sind.** Sie betreffen die **Arbeitslosigkeit, Nachtarbeit der Frauen und die Festsetzung der Altersgrenze für die Zulassung von Kindern zur gewerblichen Arbeit** usw. Der Gegenreferent Dr. v. Rieppe, machte unterdessen darauf aufmerksam, daß die Ratifikation auf 10 Jahre binde und bei der Nichtdurchführung der Beschlüsse, die bisher nur von Griechenland ratifiziert worden seien, Zwangsmaßnahmen in Aussicht genommen seien. Es bestehe die Gefahr einer einseitigen und konkurenz-erschwerenden Belastung für die deutsche Wirtschaft.

In der folgenden Aussprache stellte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums fest, daß eine Erweiterung der Schutzbestimmungen gegen die bereits geltenden nur in drei Fällen eintrete. Die Schutzfrist für Wöchnerinnen werde von acht auf 12 Wochen, die Nachtruhe von 10 auf 11 Stunden erhöht, außerdem der Begriff der Jugendlichen für manche Arbeiten bis auf achtzehn Jahre ausgedehnt Der Abg. Cohen (Adolf) teilte mit, daß die Reichsarbeitsgemeinschaft sich einmütig auf den Standpunkt gestellt habe, daß zu ratifizieren sei, in der Erwartung, daß die hauptsächlichsten Konkurrenzländer Deutschlands dasselbe tun.

Ueber eine derartige Einschränkung der Ratifikation entspann sich eine sehr lebhafte Auseinandersetzung, die zu keiner restlosen Einigung führte. Eine Minderheit, die aus Abgeordneten aller Abteilungen bestand, wünschte eine Art von Vorbehalt, um eine einseitige Belastung Deutschlands zu vermeiden. Die Mehrheit glaubte eine Anregung zur Ratifikation auf andere Länder am besten durch folgenden Beschluß ausüben zu können:

„Der Sozialpolitische Ausschuß empfiehlt der Regierung, die Beschlüsse der internationalen Organisation der Arbeit, Punkt 1—9, zu ratifizieren. Er begrüßt die Beschlüsse mit Genugtuung und spricht die Hoffnung aus, daß die anderen Mitgliedsstaaten sie auch ratifizieren!"

Danach vertagte sich der Ausschuß auf Montag früh 10 Uhr.

Schwere Niederlage der Bolschewisten in Petersburg.

TU. Helsingfors, 12. Dezember. **Bei den Wahlen für die Arbeiter-Kontroll-Komitees in Petrograd (Petersburg) sind 72 Prozent nichtkommunistische und nur 28 Prozent kommunistische Delegierte gewählt worden.**

Eine französische Warnung an Polen.

Die „Humanite" teilt mit, daß Ministerpräsident Leygues Freitag im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten zugegeben hat, **daß Polen imperialistischen Zielen nachjagte, und daß es von dieser Krankheit noch nicht geheilt sei.** Er fügte hinzu: Wir empfahlen Polen, auf seine hochfliegenden Pläne zu verzichten und fordern die polnische Regierung auf, sich ruhig zu verhalten, wenn sie einem Zusammenbruch entgehen will, der einem zweiten Angriff gegen Rußland folgen würde. Die Herrscher in Warschau müssen daran denken, sich zu organisieren und vor allen Dingen versuchen, ihrem Finanz- und Wirtschaftselend ein Ende zu bereiten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Demokratisches Bekenntnis zur Republik.

Die deutsche demokratische Partei ist am Sonnabend in Nürnberg zu ihrem Parteitage zusammengetreten. Das eigentliche Ereignis des ersten Tages waren nicht die offiziellen Referate, sondern die Diskussionsrede des Professors Hugo Preuß, des Schöpfers der Reichsverfassung, der ein offenes und restloses Bekenntnis zur Republik ablegte. Immer wieder klang aus seiner Rede hervor, daß die Demokratische Partei die Republik nicht als notwendiges Uebel betrachten, sondern aus innerer Ueberzeugung verteidigen müsse, daß heute ein guter Deutscher und ein guter Republikaner eins ist. Leider wurde der Eindruck dieser Rede, die stürmischen Beifall auslösten, gleich darauf wieder dadurch einigermaßen verwischt, daß der bayerische Abgeordnete Dirr auch hier einen bayerischen Reservatstandpunkt vertrat, indem er die Frage „Republik oder Monarchie" als offene behandelt wissen wollte. Die Bayern zeigten sich überhaupt als der rückständigste Teil der Partei, nicht nur im Punkte Republik, sondern auch im Punkte Reichseinheit. Offenbar stehen die bayerische Demokraten ganz unter dem Einfluß von

Rahr und Genossen. Der Hauptredner, Senator Petersen, fand zwar auch ein paar warme Worte für die Republik, lief in der Hauptsache aber kräftig Sturm gegen den Sozialisierungsgedanken und verteidigte den Privatkapitalismus wie ein Löwe, im angeblichen Interesse der Arbeiterklasse, die freilich selber über ihre Interessen erheblich anders denkt.

Stinnes wider Hermes.

Zu einer interessanten Erörterung kam es Sonnabend im Reichswirtschaftsrat. Der Ernährungsminister Hermes verteidigte wieder einmal mit großer Starrköpfigkeit seine volksfeindlichen Stickstoffpläne, die bekanntlich dahin gehen, den für die eigene Landwirtschaft so notwendigen künstlichen Dünger an das Ausland zu verkaufen und für den erzielten Gewinn Getreide aus dem Auslande zu importieren, während er eine planmäßige Bewirtschaftung des Stickstoffes und seine restlose Zuführung an die deutsche Landwirtschaft durch Verbilligung der Preise schroff ablehnte. Ihm trat energisch Herr Stinnes gegenüber, dessen Ausführungen in diesem Punkte durchaus eine Verteidigung des Stickstoffprogramms sind, das der preußische Landwirtschaftsminister Genosse Braun ausgearbeitet hat. Stinnes legte dar, daß die Zuschüsse, die das Reich für die Verbilligung des Stickstoffes leisten würde, die beste Kapitalsanlage und das billigste Mittel seien, um die verfügbare Getreidemenge gewaltig zu vermehren, viel billiger, als wenn der Stickstoff exportiert und das dadurch verursachte Minus an Getreide dann aus dem Ausland zurückgekauft werden müsse, und außerdem bliebe dabei das Geld im Lande.

In diesem Falle braucht das Zeugnis von Stinnes für die Braunschen Pläne nicht mißtrauisch zu stimmen, denn als Großunternehmer hat Stinnes selber ein bedeutendes materielles Interesse daran, daß endlich die Ernährungsfrage für die Arbeiter gelöst werde. Die Uebereinstimmung zwischen Braun und Stinnes bezeugt vielmehr, daß die Braunschen Pläne, die hier schon ausführlich geschildert wurden, das einzige Mittel sind, um aus der Ernährungskalamität herauszukommen. Im Gefolge der Hermesschen Stickstoffpolitik befindet sich wirklich niemand als die kapitalistischen Interessenten der Stickstoffwerke, die ihren Dünger lieber an das Ausland als an das Inland verkaufen möchten, weil sie dabei mehr verdienen. Daß darüber die Volksernährung zusammenbricht, bekümmert die Herren wenig, leider auch Herrn Hermes nicht.

Verhaftung eines polnischen Abgeordneten.

Nach dem „Kurjer Poranny“ ist der polnische Seimabgeordnete der nationalen Arbeiterpartei Zagorski, der sich zu Agitationszwecken nach Westfalen begeben hatte, von den deutschen Behörden verhaftet worden.

Deutschnationale Extrafahrt.

Aus einer Kleinen Anfrage, die an die Reichsregierung gerichtet worden ist, geht hervor, daß am 15. November zur Mitgliederversammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Schwedt a. d. O. ein Extrazug von Schwedt nach Angermünde abends um 11½ Uhr eingelegt wurde, damit die deutschnationalen Bewunderer des Abgeordneten v. Graefe, der auf dieser Tagung redete, nach dem Genuß seiner Sprüche noch gesund das heimatliche Bett aufsuchen konnten. Die Wagen des Zuges wurden am nächsten Morgen um 7 Uhr wieder in Schwedt gebraucht und mußten daher noch in der Nacht leer dorthin zurückgefahren werden.

Alle Welt stöhnt darüber, daß unsere Eisenbahnen die notwendigsten Züge nicht fahren können, weil es ihnen an Kohle fehlt. Dabei findet aber offenbar niemand etwas, wenn die Kohlen hinausgeschmissen werden, damit die Deutschnationalen ihre politischen Versammlungen bequemer besuchen können. Man muß es zugeben: die Uebernahme der Regierungsgewalt im Reiche durch die Deutsche Volkspartei ist den Verkehrsbedürfnissen der Deutschnationalen Partei einigermaßen förderlich geworden — allerdings auf Kosten derer, die die verschleuderten Kohlen bezahlen müssen und die wohl weniger in den Reihen der deutschnationalen Partei zu suchen sind.

Riesenkundgebung der Großberliner Beamtenschaft.

Das Provinzialkartell Berlin des Deutschen Beamtenbundes veranstaltete am Sonntag vormittag eine Massenkundgebung im Berliner Lustgarten. Gegen 10 Uhr vormittags setzten sich von den verschiedenen Punkten der Stadt aus die Demonstranten in geschlossenen Zügen zum Lustgarten in Bewegung. Man sah in den Zügen Schilder mit folgenden Aufschriften: „Nieder mit dem Lebensmittelwucher!“ „Erfassung sämtlicher Einkommen zur Steuer!“ „Auch die Beamtenschaft fordert das Existenzminimum!“ Trotz des wenig einladenden Winterwetters hatten sich kurz vor Mittag im Lustgarten gegen 60 bis 70 Tausend Beamten eingefunden. Bekannte Beamtenführer, wie Noack und Schimmel, redeten zu der Menge. Ihre Ausführungen gipfelten in folgenden Forderungen: Die Beamtenschaft fordert sofort die Anpassung ihres Einkommens an die wirtschaftliche Lage. Was ihr bisher gegeben wurde, sei völlig unzulänglich. Das Reich müsse andere und bessere Mittel und Wege finden, der fortschreitenden Verelendung zu steuern. Solange die Einführung und Einziehung tragbarer Steuern nicht mit größtem Nachdruck betrieben werde, solange dem Luxus, der Völlerei und dem Wucher nicht ernsthaft zu Leibe gegangen werde, sieht die Beamtenschaft die Behauptung, daß ihr nicht geholfen werden könne, nicht als erwiesen an. Schnelle und durchgreifende Hilfe sei notwendig, vor allem für die Geringbesoldeten, wenn nicht eine der besten Stützen des Staates, einer der wichtigsten Faktoren des Wiederaufbaues zusammenbrechen soll. Am Schlusse der Reden gelangte folgende Entschließung zur Annahme:

„Die zu Zehntausenden im Lustgarten am 12. Dezember in Berlin versammelten Beamten aller Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltungen erheben schärfsten Protest gegen die Ablehnung der vom Deutschen Beamtenbund geforderten allgemeinen Teuerungszulagen und gegen die Zahlung des Januargehalts jetzt am 15. Dezember. Diese Verzögerungspolitik treibt zur weiteren Verschuldung der Beamtenschaft und beschleunigt ihren Niedergang. Die bewilligten erhöhten Kinderzulagen treffen nur einen kleinen Teil der Beamtenschaft und sind keineswegs geeignet der herrschenden Not zu steuern. Die Versammelten fordern von der Regierung endlich Taten zur Beseitigung des Wuchers mit Lebensmitteln, zur Förderung der Selbstversorgung, Heimstätten, gerechtere Erfassung sämtlicher Einkommen zur Steuer und ihre sofortige Einziehung, sowie zeitgemäße Anpassung der Einkommen an die wirtschaftlichen Verhältnisse unter Erhaltung des Existenzminimums. Sie beauftragt den Deutschen Beamtenbund, sofort mit den maßgebenden Stellen in Verbindung zu treten.“

Die Kundgebung verlief in völliger Ordnung. Nach der Annahme der Entschließung zerstreuten sich die Massen.

Keine Neuwahlen in München.

Die von den bürgerlichen Parteien in München an das Volksbegehren auf Ansetzung von Neuwahlen zum Münchener Stadtrat geknüpften Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Die sozialistische Mehrheit auf dem Rathause in München, gegen die man das Volk mobil zu machen versuchte, wird vorläufig weiter bleiben. In den 328 Abstimmungsbezirken wurden am Sonntag nach vorläufiger Schätzung insgesamt 189 417 Stimmen abgegeben. Danach fehlen an der Stimmenzahl, die für einen Erfolg des Volksbegehrens notwendig gewesen wäre, rund 14 000 Stimmen. Die Aktion der bürgerlichen Parteien ist damit kläglich gescheitert. Der Wahltag verlief überall ruhig. Die Wahllokale wurden von Wachmannschaften geschützt.

Kleine politische Nachrichten.

Die Preußische Landesversammlung nahm Sonnabend in zweiter Lesung den Gesetzentwurf über das Gemeindewahlrecht in Helgoland, wodurch die Einheimischen gegen landfremde Einflüsse geschützt werden sollen, an.

Deutschland und Rußland werden gegenseitig Handelsmissionen in ihre Länder entsenden.

Die deutsche Antwortnote über Oberschlesien ist am Sonnabend in London überreicht worden.

Zum Oberkommissar von Danzig wurde vom Völkerbund der Italiener Prof. Bernardo Attolico erwählt.

Die Taschkenter „Iswestija“, das Organ des Zentralkomitees der Turkestaner Sowjetrepublik, teilen mit, daß in den letzten Monaten einige Tausend indischer Revolutionäre vor den Verfolgungen der englischen Behörden aus Indien geflohen sind, um sich über Afghanistan nach Sowjetrußland zu begeben. Ein Teil dieser Flüchtlinge ist bereits in Taschkent eingetroffen.

Die griechische Kammer ist auf den 5. Januar einberufen.

Tschechien.

Der kommunistische Generalstreik gescheitert.

TU. Prag, 12. Dezember. Der Plan eines Generalstreiks in der Tschechoslowakei, der von den Kommunisten erwogen wurde, ist mißlungen.

Frankreich.

Eine schwere Niederlage des „nationalen Blocks“.

Der unifizierte sozialistische Abgeordnete Barthe bespricht den Ausfall der Gemeindewahlen in Montpellier, wo die verbündeten Linksradikalen und Sozialisten einen glänzenden Sieg errungen haben. Während bisher der sogenannte „nationale Block“ über eine starke Mehrheit im Gemeinderat verfügte, setzt der neue Gemeinderat sich aus 24 Linksradikalen und 12 unifizierten Sozialisten zusammen. Barthe feiert dieses Ergebnis, das er als gänzlich unerwartet bezeichnet, als die Frucht eines Wahlbundes von Linksradikalen und Sozialisten und hebt hervor, daß Montpellier die am meisten „aristokratische“ Stadt Südfrankreichs ist, und daß es sich um die erste Gemeinderatswahl in einer Departementshauptstadt seit den allgemeinen Wahlen handle.

Griechenland.

Die Volksabstimmung über die Königsfrage.

Das offizielle Ergebnis der Volksabstimmung ist folgendes: 999 954 Stimmen waren für die Rückkehr König Konstantins, 10 383 dagegen. 1190 Stimmzettel waren ungültig, 1062 unbeschrieben. Bei der Wahl am 14. November betrug die Zahl der abgegebenen Stimmen 851 871. Wie die „Agence Havas“ meldet, hatte Rhallis das Telegramm, das Konstantin zurückruft, bis Sonnabend noch nicht abgesandt.

England.

Der Belagerungszustand über Cork verhängt.

Die englische Regierung hat über Stadt und Grafschaft Cork sowie über die Grafschaften Limerick, Tipperary und Korry den Belagerungszustand verhängt. Die Regierung erklärt, daß sie hoffe, den Belagerungszustand auf Südwest-Irland beschränken zu können, aber sie werde zu einer Erweiterung schreiten, wenn die Verhältnisse ein solches Vorgehen rechtfertigen. Das Datum, bis zu welchem Uniformen und Waffen abgeliefert werden müssen, wird unmittelbar bekanntgegeben.

TU. London, 13. Dezember. Ein Teil der Stadt Cork ist niedergebrannt.

TU. London, 13. Dezember In Cork wurde ein Lastautomobil, das Soldaten beförderte, von einem starken Trupp Bewaffneter überfallen. Die Angreifer wurden zurückgewiesen. 1 Offizier und 3 Soldaten wurden verwundet.

Auf dem Wege zur Verständigung mit den Sinnfeinern?

TU. London, 12. Dezember. Die gestrige Erklärung der Regierung zur irischen Frage ist von entscheidender Bedeutung. O'Flanigans Anfrage und Angebot wurden entsprechend ihrer Bedeutung und bei dem beiderseitig herrschenden starken Wunsch nach Frieden entgegenkommend beantwortet. Die Regierung lehnt ein Sinnfeinerparlament, soweit es die Bildung einer Republik betreibt, ab, erkennt jedoch die Mitglieder desselben als konstitutionelle Vertreter des irischen Volkes an. Die Regierung sucht die gemäßigte Richtung zu stärken, indem sie die Zusammenkunft eines Sinnfeinerparlaments begünstigt. Gleichzeitig soll, unter Aufhebung des Kriegsrechtes, die Waffenruhe der irischen Freiwilligen zunächst durch eine öffentliche Aufforderung betrieben werden.

Vereinigte Staaten.

Starke Spannung zwischen Japan und Amerika.

Einer Washingtoner Meldung des „Newyork Herald“ zufolge gab der Unterstaatssekretär Davis Freitag vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten Erläuterungen über die Verhandlungen mit Japan wegen des (früher deutschen Red.) Kabels auf Yap. Die amtlichen Stellen halten die Lage für sehr bedenklich.

Das Mitglied des Repräsentantenhauses, Julius Kahn, Vorsitzender des Ausschusses für militärische Angelegenheiten, brachte im Kongreß die Frage zur Sprache, ob Japan auf einen offenen Konflikt zwischen der weißen und der gelben und schwarzen Rasse hinarbeitet. Er beschuldigte die japanische Regierung, sie begünstige die Agitation gegen Amerika unter den niederen Klassen der japanischen Bevölkerung. Die Welt wisse jetzt, daß Amerika sich dem Kampfe nicht entziehe, wenn es dazu gezwungen sei.

Der „Newyork Herald“ meldet aus Sacramento, daß der Gouverneur von Kalifornien die Bundesregierung von dem Inkrafttreten eines gegen die Japaner gerichteten kalifornischen Gesetzes, betreffend die Erwerbung von Land durch Fremdlinge, benachrichtige. Das Gesetz trat am 10. Dezember in Kraft.

Beschränkung der Einwanderung.

Das Repräsentantenhaus nahm bei der Beratung der Gesetzesvorlage über die Beschränkung der Einwanderung einen Abänderungsantrag an, durch den die Beschränkung der Einwanderung auf ein Jahr, nicht auf zwei Jahre, wie ursprünglich vorgesehen war, festgesetzt wird.

Argentinien.

Widerruf des Getreideausfuhrverbots.

Wie die „Agenzia Americana“ meldet, hat die argentinische Regierung auf Grund der günstigen Ernteaussichten beschlossen, das Getreideausfuhrverbot zu widerrufen.

Freistaat Lübeck.

Montag, 13. Dezember.

Der Sozialdemokratische Verein hält am Dienstag, dem 14. Dezember, abends 7½ Uhr, eine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen sehr wichtige Punkte, so daß ein vollzähliges Erscheinen der Mitglieder notwendig ist. Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

Der Lübecker Bürgerbund

ist nun glücklich aus der Taufe gehoben. Seine Führung übernimmt der Rechtsanwalt und Doktor zweier Fakultäten Geister. Im übrigen setzt sich der Aktionsausschuß in der Hauptsache aus jenen Herren zusammen, die die Totenbeschwörer des Vaterstädtischen Vereins bildeten und an dessen Grabe die Klüngelwirtschaft wieder belebten. Die parteilose Partei hat ferner zu Vorstandsmitgliedern erkoren: Postsekretär Dietrich, Bankier Kiemstedt, Oscar Mantau, August Pape, Prokurist Petersen, Tischlermeister Rosenquist, Kommerzienrat Scharff, Dr. Ziehl und Pastor Ziesenitz, sowie Oberlehrerin Fräulein Dr. Görnemann. In den Ausschuß wurden gewählt die Herren Bandholtz, Coleman, Dinter, Oberarzt Dr. Enge, Glasau, Lichtpausanstaltsbesitzer Fick, Töpfermeister Haense, Prof. Dr. Grube, Kaufmann Wilhelm John, Schlachtermeister Oscar Keil, Postsekretär Koch, Lehrer Hans Lange, Malermeister Schlosser, Kaufmann Hermann Thiele, Malermeister Vogel, sowie Frau Schmidt und Frau Weitzel. Soweit sind nun „alle“ Parteien im Bürgerbund vertreten und der Kampf um die Bürgerschaftsmandate kann beginnen. Herr Kommerzienrat Scharff hatte ihn mit einer, von den Geschehnissen der Zeit unbeeinflußten Wald- und Wiesenrede eingeleitet, die ihren Höhepunkt in der Zitierung folgendes Verses erlebte:

„Es ist ganz gleichgültig, ob ich konservative oder liberale Kartoffeln esse, die Hauptsache ist, daß die Stadt solche liefert, daß sie zu erschwinglichen Preisen zu haben sind und daß Unregelmäßigkeiten tunlichst in keinem Zweige der Verwaltung vorkommen.“

Wenn wir nun wirklich so böswillig wären, wie man uns hinzustellen beliebt, dann könnten wir diesem Geistesblitz eine Auslegung geben, die sich der verehrte Redner und sein glückstrahlendes Publikum gewiß nicht einrahmen würden. Aber es kommt uns auf die Sache und nicht auf die Person an. Und wenn man eine ernste Sache mit derartigem Unsinn verziert, dann zeigt sich, daß sie verflucht faul ist. Es ist der allgemeine reaktionäre Zug der Zeit, der seine dunklen Pläne mit dem Einlullen politisch indifferenter Kreise verwirklichen will. Dazu soll nun die fraktions- oder, wie man sagt, parteilose Kommunalpolitik benutzt werden. In Wirklichkeit sind die Bürgerbundsleute aber gar nicht so parteilos, wie sie sich gern hinzustellen belieben und der Tratsch, den sie in der Gründerversammlung machten, beweist dies vollkommen. Wer darüber etwa im Zweifel sein sollte, der braucht nur das Parteiblatt des Bürgerbundes, den Generalanzeiger vom Sonntag genau zu studieren, dann wird er finden, wie „parteilos“ diese Vereinigung zur Bekämpfung der Sozialdemokratie unter geistiger Führung der Sektion Coleman ist. Reaktionärer kann die Deutsche Tageszeitung nicht schreiben. Tut sie es, dann wird sie ihre Politik zum Teil ebenfalls aus dem stinnesierten Dammert-Verlag beziehen, wie die parteilose Generalanzeigerpresse. An allen Ecken und Enden bringt das Lübecker Fachblatt für parteilose Kommunalpolitik in der Sonntagnummer Angriffe gegen die Republik, die den „Parteilosen“ so schwer im Magen liegt. Das ist begreiflich, wenn man bedenkt, daß die politischen Rechte dem Volke stets von jenen Kreisen vorenthalten wurden, die heute anderen einreden wollen, es komme in unserem Stadtstaate auf politische Ueberzeugung nicht an. Die „parteilose“ Politik des Generalanzeigers betätigt sich in der letzten Ausgabe gegen die Aufrechterhaltung des Acht-Stundentages; er schiebt die Schuld des Zusammenbruchs auf die kräftevergeudende Zwangswirtschaft (die Bürgerbundskartoffeln werden erst dick sein!), auf die sozialisierten Betriebe, spricht über Verschleuderung von Millionen, (die der Hohenzollern meint das Blatt nicht!) und verweist darauf, daß wegen der Beamtenforderungen Berlin und Oesterreich bankerott sei. In einem anderen Artikel wird dann gefaselt, daß zwischen Wilhelm und Bismarck Auseinandersetzungen in der Frage der sozialistischen Gesetzgebung gepflogen worden seien, und in einer Beilage wird vor dem teuren Verwaltungsapparat der Sozialisierung gruselig gemacht. Vielleicht errechnet der Generalanzeiger auch einmal, was die 22 Fürsten Deutschland gekostet haben, und was deren „produktive“ Tätigkeit eingebracht hat. Wir skizzieren, wie gesagt, diese „parteilose“ Politik nur deshalb, um zu zeigen, in welchem Fahrwasser der Bürgerbund und das Leiborgan seiner Mitglieder segelt. Wenn auch zwei oder mehr Seelen in einer Brust wohnen können oder sollen, so glauben wir doch nicht, daß sie sich in die Arbeit teilen. Sie werden in allen Fragen harmonieren, die aufgeworfen werden, wie man am besten parteilose Interessenpolitik treibt, gerichtet einzig und allein gegen die verhaßten Roten. Ob der Schachzug gelingt, steht allerdings auf einem anderen Blatte.

Anschlußversammlung in Malente.

h. Malente, 12. Dezember.

Es war in letzter Zeit wenig die Rede davon, wie man sich um Lübeck herum die „Neugliederung des Reiches“ denkt. Nachdem Staatsminister Tanten in Eutin gesprochen, war namentlich im Norden der Provinz Lübeck geflissentlich die Ansicht verbreitet worden: es bleibt nun alles beim alten. Das war ja so bequem. Der Spießer konnte sich die Zipfelmütze wieder über die Ohren ziehen und weiter schlummern. Aber es bleibt nicht alles beim alten. Die Reichsverfassung verlangt von den Ländern wirtschaftliche und kulturelle Höchstleistung und die ist nie da zu erzielen, wo das Land durch einen Korridor in zwei Teile geteilt ist, durch einen Korridor, gegen den der polnische nur einen kümmerlichen Fußweg bedeutet!

Am gestrigen Sonntag hielt der Lübecker Angliederungsausschuß eine Versammlung in Malente ab. Herr Regierungsrat Gleiniger-Schwartau sprach zuerst. Er führte aus, daß die Verhältnisse zu der Zeit, als die Frage der Angliederung zuerst zur Sprache kam, andere gewesen seien wie heute. Damals, kurz nach dem Zusammenbruch, sollte die neue Verfassung erst geschaffen werden. Nach dem ersten Entwurf des Reichsministers Dr. Preuß sollte die Angliederung unter allen Umständen stattfinden. Die Konklaven und Exklaven sollten verschwinden. Das ist geändert worden. Die wirtschaftliche und kulturelle Höchstleistung soll entscheidend sein. Nach dem 11. August 1921 kann der Wille der Bevölkerung die Angliederung fordern, sie muß erfolgen, wenn die Mehrheit des Volkes es will oder wenn ein überwiegendes Reichsinteresse sie fordert. Es muß mit aller Schärfe betont werden, daß auch heute noch eine Umgliederung unter allen Umständen erfolgen muß. Wer behauptet, daß sie nicht nötig ist, der geht von einer falschen Rechtsauffassung aus, die auch in Berlin in den maßgebenden Stellen keineswegs geteilt wird. Der Redner weist das nach und erklärt als den Wunsch des Lübecker Ausschusses, daß die Versamlung die Gründe für den Anschluß der Provinz Lübeck an den Freistaat Lübeck objektiv prüfen möge. Als ihr Ziel stellt er den künftigen Einheitsstaat hin, davon sei man aber noch weit entfernt; für die Provinz gelte es, daß sie nur

nächst in einen Verwaltungsbezirk eingegliedert werde, der für die am günstigsten sei. Oldenburg habe Recht, wenn es sage, es habe die Provinz nie geschädigt, aber es habe seine Provinz auch nie gefördert! Man gehöre keiner Gemeinschaft an, um nicht geschädigt, sondern um gefördert zu werden. Wir erheben gegen das oldenburgische Ministerium nicht den Vorwurf, daß es uns vernachlässigt hat, aber die fördernde Einwirkung hat durch die territoriale Trennung gefehlt. Man könne doch nicht behaupten, daß die Provinz keine Aufgaben zu erfüllen habe, im Gegenteil, sie stehe vor großen Projekten und Problemen, die sie als kleines Land gar nicht lösen könne. Ihm fehle alles. Eine Handelskammer gebe es überhaupt nicht, im Gegensatz zu allen Ländern, wo der Handel die unbedingt nötige Interessenvertretung habe. Das Handwerk sei auf die Handwerkerkammer in Altona angewiesen, die Rechtsprechung auf Lübeck, die Irrenpflege auf Neustadt. Ueberall müsse die Provinz bei ihren Nachbarn herumpumpen. Lehrer könne sie nicht ausbilden, höhere Bildungsanstalten fehlten vollkommen. Das sei jedoch absolut nicht der Gipfelpunkt kultureller und wirtschaftlicher Entwicklung. Es fehle die einheitliche Gesetzgebung. Die Behörden seien in der Provinz ganz anders gegliedert wie in Oldenburg. Bis zur Revolution war der Wahlkreis der allerkurioseste in Deutschland. Birkenfeld, die Stadt Oldenburg und das Fürstentum wählten zusammen: ein Wahlkreis vom Rhein bis zur Ostsee! Jetzt sei die Provinz Schleswig-Holstein angegliedert und auch so nicht in der Lage, einen einzigen Vertreter in den Reichstag zu entsenden. Der Standpunkt, daß keine großen Aufgaben mehr zu lösen seien, sei doch naiv. Er erinnere nur an das Verkehrswesen. Ueberall sei man auf den Nachbar angewiesen. Alle Bahnen könnten nur mit Unterstützung Lübecks geschaffen werden. Warum wollen wir nicht an Lübeck heran? Lübeck ist ein lebenskräftiger Staat. Es ist grundfalsch, zu behaupten, daß Lübeck schlechte Finanzen hat. Wohl hat es heute, wie alle anderen Länder auch, finanzielle Sorgen, aber Lübeck kann immer noch für Deckung sorgen; wo kann man das in andern Ländern? Wie steht es denn hier mit uns? Der Staat steht noch ganz leidlich da, weil die Gemeinden alle Lasten zu tragen haben. Wir haben niedrige Staatssteuern, aber hohe Kommunalsteuern. Wir zahlen in der Provinz ebenso viel Steuern wie in Lübeck. Lübeck ist die Stadt mit großer Zukunft. Sie liegt an der Ostsee und ist der Mittelpunkt für den Austausch mit den nordischen Ländern. In letzter Zeit haben fast alle deutschen Großbanken sich in Lübeck niedergelassen. Wie steht es mit Preußen? Preußens Finanzen sind außerordentlich schlecht geworden, weil die goldene Quelle, die Eisenbahn, versiegte. Lübecks Finanzwesen steht auf festem Grunde, es ist nicht auf Eisenbahnen aufgebaut. Die Angliederungsfrage ist überhaupt keine Finanzfrage. Lübeck hat es auch gar nicht nötig, sein Schild zu vergolden. Der Grund für die Vereinigung ist politischer Art. Lübeck will sich territorial abrunden, dafür sprechen große wirtschaftliche Gründe. Das kann man doch offen aussprechen, darin liegt doch nichts Verächtliches. Schleswig-Holstein rührt sich gar nicht um uns. Es möchte uns haben, aber wo zeigt es sein Interesse? Lübecks Bemühungen sind Beweis dafür, daß es uns sein vollstes Interesse entgegenbringt, und das wird sich noch vielmehr offenbaren, wenn wir hier angegliedert sind. Für das große Siedlungswesen, das die Gesundheit unserer Bevölkerung fördern soll, hat man im Nachbarstaat Lübeck die nötigen Erfahrungen und die richtigen Männer. Was verlangt unsere Verkehrspolitik? Den Bau von Straßenbahnen. Im Rheinland kann man stundenlang mit der Straßenbahn ins Land fahren. Es ist doch durchaus möglich, eine Straßenbahn von Schwartau nach dem Timmdorfer Strand, von Eutin nach Malente zu bauen. Unsere Bäderpolitik würde ganz anders aussehen, wenn sie einheitlich zusammengefaßt wäre. Unsere Bäder machen sich gegenseitig keine Konkurrenz. Nur Vereinigung kann Großes schaffen. Nötig wird die Revision beiderseitiger Verfassungen. Lübecks Verfassung muß eine durchgreifende Revision erfahren. Wir müssen namhaften Einfluß auf die gesetzgebenden Körperschaften haben. In Preußen wären wir nur ein einziger Teil, auf dem nur wenig Rücksicht genommen würde. In Lübeck würden wir selbst mitwirken und mitbestimmen, das ist der große Unterschied zwischen Preußen und Lübeck. In Preußen würden wir zwei Vertreter in den Provinziallandtag entsenden. Lübeck müßte uns 30 Bürgerschaftsmitglieder und 4 Senatoren zugestehen. Uns wird durch die Angliederung nichts genommen. Eine Dezentralisation wird eintreten. Wichtige Institute werden in unser Land gelegt werden. Die Landwirtschaftskammer, größer als heute, käme vielleicht nach Eutin, sie würde dann eine ganz andere Bedeutung haben. Auch andere Institute würden in die Provinz verlegt werden können. Wir haben jedenfalls den allergrößten Vorteil davon. Lübeck ist sozusagen ein Qualifikationsstaat mit einem der besten deutschen Häfen. Machen Sie sich das klar, was das bedeutet, wo die Nordsee gegen die Ostsee zurücktritt. Man denkt gar nicht daran, daß Lübeck als Staat verschwindet, dafür haben wir die allerbesten Beweise in Händen. Lübeck ist für uns der Konsument, die Provinz ist für Lübeck der Produzent. Kann man sich einen idealeren Ausgleich denken?

Herr Hofbesitzer Henk-Büttwisch besprach die Fragen der Landwirtschaftskammer, der Viehzucht und der Bürgerschaft. Beide Kammern hätten im Kriege viel geleistet. In Lübeck habe man genau gewußt, wo dem einzelnen Landmanne der Schuh drücke. Würden beide Kammern zusammenkommen, dann könne man noch außerordentlich viel mehr leisten; auch wissenschaftliche Institute könne man dann einrichten. Dabei kenne man sich persönlich schon, das in Kiel nicht der Fall sei. Auch in den wichtigen Fragen der Pferde- und Rindviehzucht könne man geeinigt weiter kommen als bisher. Man sage so oft, Lübeck sei ein Stadtstaat, der keine Ahnung von Landwirtschaft habe. Er könne als langjähriges Bürgerschaftsmitglied aus eigenster Erfahrung sagen, daß solche Behauptungen unsinnig seien. Lübeck habe stets Verständnis für die Landwirtschaft gezeigt. Zur Elektrisierung des Landgebietes seien jüngst erst wieder 1 100 000 Mark bewilligt und noch mehr ist zu erwarten. Er, Redner, sei ein Führer der Landwirtschaft. Würde er hier seinen Berufskollegen etwas vormachen, dann erschüttere er seine Stellung. Dazu habe er doch gar keine Veranlassung. Seine Auffassung sei: Kommen wir zusammen, so dienen wir das Ersprießlichste für beide. Der erste Beruf, der Deutschland wieder aufbauen muß, ist die Landwirtschaft, machen wir uns zusammen stark.

Herr Steenbock-Eutin, der Führer der Demokraten, der zufällig anwesend war, verwies auf den Artikel 18 der Reichsverfassung, der wohl dazu führen werde, daß die Provinz sich irgendwo angliedern müsse. Für Versammlungen sei die Zeit noch nicht gekommen. Man müsse auch abwarten, ob sich die Wucherpflanze, der Bolschewismus, noch weiter ausdehne und übers Reich gehe. Seien alle diese Verhältnisse erst übersichtig, dann möge es vielleicht richtig sein, daß man sich Lübeck anschließe. Freilich werde man kleine Liebhabereien aufgeben müssen. Herr Meyer-Hamburg, ebenfalls zufällig anwesend, hielt die Finanzfrage für die wichtigste. Da er gar nicht in der Sache stand, glitt er völlig darüber ab. Herr Eckholdt-Lübeck betonte, daß man in Lübeck gar nicht daran denke, in Eutin abzubauen. Alle dortigen Behörden würden bestehen bleiben und ruhig weiter arbeiten. Zum Wiederaufbau Deutschlands seien die Handelsstädte wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung unbedingt erforderlich, deshalb stehe ihre weitere Selbständigkeit auch außer allem Zweifel. Herr Brunck-Malente kam mit dem Generalanzeiger heraus und mit dem Lübecker Bürgerbund. Er verlas eine Stelle aus einer Rede Herrn Kammerpräsident Scharff verlesenen Rede, der gesagt habe: Unsere Anleihemittel sind erschöpft, schwebende Schulden zu machen, führt zu baldigem Ruin, vielleicht bekommen wir auch noch kurzfristige Anleihen zu annehmbaren Bedingungen, denn unser Kredit scheint noch unerschüttert. Wir wandeln dennoch am Abgrund, wenn es so weiter geht. Die Hauptsache ist größte Sparsamkeit." Herrn Henk und Herrn Dr. Gleiniger war es ein leichtes, die fadenscheinige und leichtfertige bürgerbundliche Argumentation auf ihre Hohlheit zurückzuführen. Herr Henk konnte noch mitteilen, daß die Landgemeinde Pöppendorf, in der er wohne, seit 1897 überhaupt keine Gemeindesteuer zu zahlen brauche, auch Schulsteuern kenne man im lübeckischen Staate nicht. Herr Regierungsrat Dr. Gleiniger versicherte, daß seine Stellungnahme in dieser Frage sich ausschließlich auf die Erfahrungen gründe, die er in 10jähriger Tätigkeit, als Bürgermeister Schwartaus, gesammelt habe. Es sei ein Unglück und ein schwerer Schade für die Provinz, daß zwischen ihr und Lübeck die Grenze gezogen sei. Die Gründe, die er dafür anführte, waren so überzeugend, daß die Versammlung ganz unter ihrem Eindruck stand. Herr Steenbock-Eutin bat dann noch, während des jetzt für die Provinz Lübeck anbrechenden Reichstagswahlkampfes die Anschlußfrage ruhen zu lassen. Herr Hesse-Lübeck, der die Versammlung leitete, stellte die Erfüllung dieses Wunsches in Aussicht. Im nun ablaufenden Jahre habe der Lübecker Ausschuß sieben Versammlungen in der Provinz abgehalten. Fünf davon hätten einen einmütigen Beschluß für den Anschluß an Lübeck ergeben, deshalb werde man im nächsten Jahre zu gegebener Zeit rüstig weiter arbeiten. Der Enderfolg werde für Lübeck sein!

Senkung der Fleischpreise,

Sonderverteilung von Zucker. — Klagen über die schlechte Beschaffenheit des Brotes.

Eine Sitzung des Landesversorgungsamts tagte heute vormittag. Auf eine Anfrage über den Verbleib von den in der Quarantäne eingelieferten Kühen wurde erklärt, daß die Milch an die Hansamelerei verkauft würde. Eine Sonderzuckerverteilung von 1 Pfund pro Kopf ist zu Weihnachten in Aussicht genommen. Der Dampfer mit diesem Zucker soll Ende dieser Woche hier eintreffen. Hoffentlich friert er nicht ein. Sodann erstattete Knapp Bericht über Verhandlungen, welche die Preisfestsetzungskommission mit den Schlachtermeistern zur Verbilligung der Fleisch- und Wurstpreise geführt hat. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen ist an eine Preissenkung nicht zu denken; im Gegenteil, nach Ansicht der Schlachter würden die Preise noch höher steigen, da bereits eine Knappheit an Schlachtvieh sich bemerkt macht. Knapp hat den Eindruck gewonnen, daß Preistreiberei oder gar Wucher von den Schlachtern nicht getrieben wird. Auch habe man nachgewiesen, daß der Preis von 5 Mk. für 1 Pfund Schweinekochen in guter Qualität nicht zu hoch sei. Die Schlachter hätten aber Klage geführt über große Viehverschiebungen seitens der Viehhändler. Ebenso wären auch die umfangreichen Schlachtungen der Kommunalverbände moniert worden. Dazu hätte um so weniger Anlaß vorgelegen, da bereits eine Reichsfleischreserve vorhanden war. Die unterschiedlichen Fleischpreise in den einzelnen Geschäften sollen in der Qualität des Fleisches zu suchen sein. Die Einführung von Reichspreisen könne nicht empfohlen werden, da sie sich nirgends bewährt hätten. Auf eine Anfrage erklärte Schlachthausdirektor Lund, daß infolge der ungenügenden Lieferung von Schweinen zu Weihnachten leider kein Schweinefleisch verteilt werden kann. Das würde erst nach Neujahr möglich sein. Wohl aber sei zu Weihnachten eine Sonderausgabe von amerikanischem Dosenspeck vorgesehen. Im übrigen hätten die Kommunalverbände gut getan, daß sie sich rechtzeitig noch zum billigeren Preise mit Fleisch eingedeckt haben. Die Schlachthausverwaltung würde in der nächsten Zeit Gefrierfleisch in erstklassiger Qualität zum Preise von 10 Mk. pro Pfund ab Schlachthaus abgeben. Das bedeute eine wesentliche Preissenkung, die nur durch den günstigen Einkauf ermöglicht wäre. Allseitig wurde gewünscht, mit dieser Fleischausgabe schnellstens zu beginnen. Haut wies besonders auf die Notwendigkeit einer scharfen Kontrolle hin, damit mit diesem billigerem Fleisch keine Schiebungen erfolgen könnten. Scharf wurde kritisiert, daß besonders die Wurstwaren in Lübeck durchweg wesentlich teurer sind als in anderen Städten. Eine Tatsache, welche die Schlachter selbst zugegeben haben. Darauf kam man auf die in der vorigen Sitzung vorgelegten schlechten Mehlproben zu sprechen. Es wurde festgestellt, daß diese Proben nicht dem Durchschnitt der Qualität entsprochen hätten, sondern, wie die vorliegenden Proben ergaben, besser ist. Es handelt sich um 400 Sack amerikanisches Roggenmehl, das stark mit Spelze verunreinigt ist. Dem Uebelstand wird durch Aussieben abgeholfen. Man wies aber auf den Widerspruch hin, der darin liegt, daß auf dem Lande gutes Roggenmehl verfüttert wird, während die Stadtbevölkerung sehr schlechte Ware erhält. Regierungsrat Dr. Linde wünschte Beschwerden über die schlechte Beschaffenheit des Mehles in erster Linie der Abteilung I des Landesversorgungsamtes zu unterbreiten. Dort würde alles getan werden, um Abhilfe zu schaffen. Die Beamten hätten eine schwere Aufgabe zu erfüllen. Es sei allerdings nicht leicht, allen gerecht zu werden. Er nahm dann besonders die Beamten gegen die von Salamon in der vorigen Sitzung erhobenen Angriffe in Schutz. Salamon wandte sich scharf gegen die Semmelbäckerei und forderte die Aufhebung dieser Verfügung. Er sprach von Interessenwirtschaft und wünschte, daß die Beleidigungsklage gegen ihn erhoben wird, damit er vor Gericht den Beweis über seine Behauptungen in der vorigen Sitzung erbringen kann. Dazu erklärte Dr. Stoob, daß auch die Beamten des Landesversorgungsamtes den Antrag auf Klage bei ihm eingereicht hätten. Haut wünschte von einer Klage Abstand zu nehmen. Die Sache könnte im Landesversorgungsamt selbst ausgetragen werden. Beutling und andere erklärten, daß den betreffenden Beamten an der schlechten Beschaffenheit des Mehles keine Schuld treffe. Es müsse aber dafür Sorge getragen werden, zukünftig dergleichen schlechtes Mehl nicht zu verbacken. Salamon legte eine Probe Schwarzbrot vor, die von sehr schlechter Beschaffenheit war. Bei dem betreffenden Bäckermeister sollen darüber sofort Nachprüfungen vorgenommen werden.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 20. Dezember, abends 6 Uhr, statt.

Das Reichstagsmandat niedergelegt hat der für den Wahlkreis Mecklenburg-Lübeck gewählte Abgeordnete Dr. Stubmann. St. wurde in Hamburg zum Senator gewählt; er will sich ganz seiner neuen Tätigkeit widmen.

Zur Arbeitsniederlegung in der Lübecker Oelmühle A.-G. wird uns vom Fabrikarbeiterverband geschrieben: Wie schon berichtet, legten am Freitag die Arbeiter der Oelmühle die Arbeit nieder, weil Herr Direktor Asmus den Bezirkslohntarif, der von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern unterschrieben ist, nicht anerkennen will. Von seiten des Betriebsrates, wie auch von seiten der Verbandsleitung ist alles mögliche geschehen, um die jetzige Situation zu vermeiden. Dem Betriebsrat wurde die Tür gewiesen; auch die Verbandsleitung konnte nicht auf den Herrn einwirken. Herr Direktor Asmus vertrat seinen Herrenstandpunkt. Wenn nun von der Firma die Technische Nothilfe angerufen wird, so liegt hierzu keine Veranlassung vor, da die Arbeiterschaft drei Mann zur Erledigung der notwendigsten Arbeiten bewilligt hat. Die Arbeiterschaft hat großes Interesse, den Betrieb in vollem Umfange wieder aufzunehmen, es darf aber auch die Firma nicht einem abgeschlossenen Lohntarif ihre Zustimmung versagen. Gegen die Einsetzung der Technischen Nothilfe erhebt die Arbeiterschaft entschieden Protest.

Eine Haussuchung nach Waffen wurde auf Veranlassung des Polizeisenators Mehrlein bei den hiesigen Orgelschführern vorgenommen. Sie ist ergebnislos verlaufen. Daß gerade die Führer ein Waffenlager bei sich unterbringen würden, ist allerdings kaum anzunehmen. In der Regel findet man andere hilfreiche Stellen.

Stadttheater. Dienstag findet die Erstaufführung von „König für einen Tag", Oper von Adam, die nun seit Jahren wieder an sämtlichen großen Bühnen aufgeführt wird, Mittwoch auf vielfachen Wunsch eine Wiederholung von „Undine" statt.

Der Bunte Abend zum Besten der Zentrale für private Fürsorge am 3. Dezember im Kolosseum ergab einen Reinertrag von 3700,05 Mark.

pb. **Diebstähle.** Während der Fahrt von Hamburg nach Lübeck wurde einem Fahrgast ein brauner Marengopaletot gestohlen, in dem sich eine schwarze lederne Brieftasche mit 450 Mk. und ein Auslandspaß, lautend auf den Namen Peter Klußhausen aus Krefeld, befand. — Am Donnerstag wurden aus einem Hause in der Moislinger Allee ein grauer Anzug und ein brauner Mantel und aus der kaufmännischen Fortbildungsschule ein brauner Mantel und ein Paar Handschuhe gestohlen.

Angrenzende Gebiete.

Raubmord in Eckhorst.

Am Sonntag wurde der 75jährige Kolonialwarenhändler Friedrich August Oldenburg in seinem in Eckhorst belegenen Hause, in dem er eine Kolonialwarenhandlung betrieb, ermordet und beraubt mit einer durchschnittenen Kehle und eingeschlagenem Schädel in seinem Keller aufgefunden. Da der Ermordete völlig angekleidet war, ist anzunehmen, daß die Täter, denn es werden mindestens zwei gewesen sein, am Sonnabend in den Abendstunden in das Haus des Ermordeten eingedrungen oder von dem Ermordeten unter irgend einem Vorwand hineingelassen worden sind. Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß dem Morde ein Kampf vorausgegangen ist, bei dem mindestens einer der Täter verletzt worden ist. Denn es scheint, daß der verletzte Täter nach Verbandszeug gesucht hat, weil zerrissenes, zum Teil mit Blut beflecktes neues Leinen in einem Zimmer des Ermordeten aufgefunden wurde, welches aus einer Kommode herausgerissen war. In dem dringenden Verdacht der Täterschaft steht der Arbeiter Heinrich Emil Franz Schmitz, geboren am 14. Januar 1875 in Neuengeseke, Kreis Soest, der seit Sonnabend in seiner Wohnung Glockengießerstraße 12, nicht wieder zurückgekehrt war und seiner Frau durch einen unbekannten Mann Bescheid schicken ließ, er müsse fort, weil ihm die Sache zu unsicher wäre, denn er hätte einem Menschen die Kehle durchschnitten. Der Ueberbringer dieser Nachricht wird ersucht, sich umgehend im Bureau der Kriminalpolizei zu melden, desgleichen die Frau, die Schmitz am Sonnabend abend in seine Wohnung mitgenommen hatte. Schmitz ist von mittlerer Statur, trägt grünen Hut, hat dunklen Schnurrbart, ohne Kragen und ohne Schlips. Als besonderes Kennzeichen sei erwähnt, daß ihm das erste Glied des linken Zeigefingers fehlt. Mitteilungen über seinen jetzigen Aufenthalt nimmt die Kriminalpolizei entgegen. Für die Ermittlung des Täters und seitens der Regierung in Eutin Mark 8000 Belohnung ausgesetzt.

Hamburg. Die Bürgerschaft nahm die Verkehrstarifvorlage an. Der Fahrpreis wird allgemein um 10 Pfg. erhöht, von abends 9 Uhr an aber verdoppelt. Die Wochenkarten haben auch nach 9 Uhr Gültigkeit. Weitere Erleichterungen sind durch die beschlossene Wiedereinführung von Monats-, Jahres- und Siedlerkarten geschaffen. Die „Vereinigte Kommunistische Partei", wie sich die ehemalige USP.-Fraktion der Bürgerschaft nennt, lehnte alle Tariferhöhungen, damit also auch die Mittel für die Fortzahlung der Gehalts- und Lohnzulagen ab.

Neueste Nachrichten.

Schließung der Berliner Hotels.

TU. Berlin, 13. Dezember. Die Hotelbetriebsaktiengesellschaft, in er das Tiergartenhotel, das Bristolhotel, Hotel Bauer, Hotel Bellevue und das Zentralhotel vereinigt sind, haben ihre Betriebe mit der Begründung geschlossen, daß es der Leitung nicht möglich ist, die Einhaltung der behördlichen Vorschriften so zu überwachen, wie es nach der Auffassung der derzeitigen Stellen erforderlich erscheine. Die Hotelgäste können in den Hotels nur noch wohnen und den Morgenkaffee einnehmen. In einer Versammlung, die gestern stattfand, und zu der die Leiter aller großen Hotels und Restaurationsbetriebe Berlins, mit Ausnahme des „Hotel Adlon" erschienen waren, wurden zwei Entschließungen angenommen, in denen, abgesehen von der Schließung der Betriebe am 15. Dezember, noch beschlossen wurde, aus der Mitte der Vertreter der geschlossenen Betriebe einen Ausschuß von drei Mitgliedern zu wählen, welcher zusammen mit den maßgebenden Behörden die dauernde Ueberwachung der offenbleibenden Betriebe übernehmen soll. Allgemeines Erstaunen erregte die Mitteilung mehrerer Redner, daß täglich im Abgeordnetenhause große Mengen von Kuchen verkauft werden, die ausschließlich aus Schleichhandelsware hergestellt sein können.

Die Internationale Kontrollkommission ist nicht zufriedengestellt.

TU. Berlin, 13. Dezember. Im Auswärtigen Amt traf gestern die Antwort der Internationalen Kontrollkommission auf die Antwortnote der Regierung über die Einwohnerwehren ein. Die Internationale Kontrollkommission ist von der Antwort nicht befriedigt. Sie verlangt unverzügliche Auskunft darüber, welche Maßnahmen die deutsche Regierung getroffen hat, um insbesondere die Einwohnerwehr in Bayern zu entwaffnen. Da die deutsche Note in den Hauptstädten der Entente bisher kaum vorgelegen haben kann, will die Regierung entsprechende Schritte durch die Botschafter unternehmen.

Frankreich verzichtet auf die Milchkühe.

TU. Berlin, 13. Dezember. Auf dem Parteitage des preußischen Zentrums machte der Abg. Rainowsky die Aufsehen erregende Mitteilung, daß Frankreich einen Verzicht auf die weitere Ablieferung der Milchkühe ausgesprochen habe. Das Weltgewissen scheine seinen Einfluß auf den Versailler Vertrag auszuüben. (Eine Bestätigung der wichtigen Nachricht von anderer Seite liegt bisher noch nicht vor. Red.)

Beraubung von Eisenbahnzügen.

TU. Mainz, 13. Dezember. In Heidenheim wurde eine mehrköpfige Diebesbande verhaftet, die fortgesetzt Eisenbahnzüge beraubte, indem sie nach Heidenheim (Strecke Mainz—Bingen) Eilgüterzüge bestieg, während der Fahrt die Waggons öffnete, die Güter hinauswarf und in Ingelheim den Zug wieder verließ.

Revolverattentat durch eine Dame.

TU. Freiburg i. Br., 13. Dezember. Auf dem hiesigen Hauptbahnhofe schoß bei der Abfahrt des Karlsruher Schnellzuges eine Dame zweimal auf einen Herrn aus Karlsruhe; sie verletzte ihn schwer im Gesicht und schoß dann auf sich selbst. Wahrscheinlich handelt es sich um eine Liebesaffäre. Beide wurden in die Klinik eingeliefert.

Cork von den englischen Truppen in Brand gesteckt.

TU. Haag, 13. Dezember. Die irische Stadt Cork ist von den englischen Truppen in Brand gesteckt worden. Auch die von Carnegie geschenkte Bibliothek ist ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden wird auf 7 Millionen Pfund Sterl. geschätzt. Ein Teil der englischen Presse gibt der Vermutung Raum, daß es sich um eine Vergeltungsmaßregel der Truppen gehandelt habe.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck" verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck" verantwortlich: Hermann Bauer.
Verleger: Heinr. Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Hohstenhaus

Die größte Auswahl!
Die besten Qualitäten!
Die billigsten Preise!

Schuhwaren
für Damen, Herren und Kinder
in soliden Strapazier-Qualitäten
u. elegantester Luxus-Anfertigung.
Warme Hausschuhe u. Pantoffel

Fundsachen.

Die im Bereiche der Lübeck-Büchener und Cutin-Lübecker Eisenbahnen in der Zeit vom 1. 7. bis 30. 9. 1920 gefundenen Gegenstände werden Montag, den 7. Februar 1921 von 9 Uhr vormittags ab versteigert soweit sie bis dahin nicht zurückgefordert sind (§§ 980 f. B. G.-B.) (10949

Das Fundbureau
der Lübeck-Büchener-Eisenbahn-Gesellschaft.

Hedwig Bromme
Ernst Goebel
empfehlen sich als
Verlobte.
Lübeck, 12. Dez. 1920.
10952

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Hochzeit danken
Wilh. Klempau und Frau.
10928

Für die herzliche Teilnahme an dem Begräbnis meines lieben Vaters sage ich allen Freunden und Bekannten, den Angestellten und Mitarbeitern der Firma Havemann u. Sohn, dem Transportarbeiter-Verband, dem Sozialdemokratischen Verein, Herrn Hauptlehrer Stülken meinen herzlichen Dank. (10934
Elisabeth Behrens geb. Kampf.

Für die mir beim Heimgange meiner lieben Frau erwiesene Aufmerksamkeit spreche ich allen, insbesondere den Vorarbeitern der Firma Albert Sühr meinen herzlichsten Dank aus. (10940
Conrad Engels.

Morgenfrau gesucht
Mittw. u. Sonnab 2—3 St.
Timm, Johannisstr. 46 III.
(10946

Zu verk. 8 m rote Seide u. Kinder-Mütze.
10939) Kerckringstr. 30, I.

Kl. Puppenwagen z. verk.
10933 Karpfenstr. 19.

---

2 neue Jackettanzüge,
2 neue Mäntel, (10938
1 Reithose zu verkaufen.
Cleyersbrück, Ringstraße 5.

Gr. Festung m. Zubehör zu verkauf
10941) Schwart. Allee 158

Fast n. Kinderklappstuhl (auterh.), Zither (5 Akkorde), Reißbrett mit Schiene.
10945) Friedrichstr. 8, I.

---

1 großer Blockwagen und gute Riege zu verk. (10930
H. Ahrens, St. Hubertus.

Puppenwiege, outerhalten. Handarbeit, billig zu verk
10925) Margarethenstr. 20.

Zu vk. Puppenw. (10929
Lg. Lohberg 28 III., I

Zu verk. 1 Puppensportw u. 2 angekl. Puppen.
10920) Arnimstr. 9 c, I.

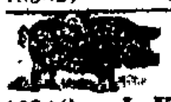
Schlitten und Ankersteinbaukasten zu verk. (10922
Lachswehr-Allee 19, I. I

Kl. Stuhlschlitt. bill. z. verk od geg. Rodelschlitt. zu vert.
10960) Hansastr. 115 a, p.

---

1 Bl.-Ständ., Säule, 1 Serv., 2 gr. Vas. Schwart. All. 77. I.
(10959

Puppen-Sportkarre zu verk.
10962) Birkenstr. 5.



3 Satz Ferkel zu verkaufen
10944) **J. Klüwer,** Schwartauer Allee 133.

Zu kaufen gesucht ein Spinnrad. (10931
Stockelsdorf, Lohstr. 8.

Bis Weihnachten
erhalten Sie gegen Abgabe dieses Ausschnitts
10% Rabatt
auf (10 916
Tabate, Tabakdosen, Pfeifen,
Zigarren- u. Zigarettenspitzen bei Einkauf von Mk. **10.—** an.
Zigarren nur erster Fabriken in eleganten Weihnachtspackungen.
Zigarrenhaus „Burgtor"
Gr. Burgstr. 7. Fernr. 1049

TRAURINGE
massiv Gold, erstklassige, schöne Ware
8 Karat . . . . . von Mk. 67.— an
14 Karat . . . . . von Mk. 158.— an 10935
HERMANN VOSS, Uhrmacher und Juwelier
Breite Straße 36 (Ecke Beckergrube) und Holstenstraße 2.

---

1 gr. f. neu Puppenwg. m. G. z. v. Glandorpstr. 3, I. (10948

Feine Wäsche wird gewaschen und geplättet.
10932) Lützowstr. 42, I.

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer & Co.

In dieser Woche ist wieder in den uns angeschlossenen Geschäften
hochfeines
Schweineschmalz
pro Pfund 20 Mark
und
Ia. Speisefett
(gelbliches Schmalz)
pro Pfund 17 Mark
zu haben. (10928
Einkaufsgenossenschaft für den Lebensmittelhandel, e. G. m. b. H., Sitz Lübeck.
Gr. Petersgrube 15. Fernsprecher 8903.

Billige Tannenbäume!
Der Verkauf findet täglich von morgens 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr im Garten des Gewerkschaftshauses statt. (10924
Gewerkschaftshaus.

Einfach entzückend
wirkt mein
Tannenbaumschmuck
Strahlend
brennen meine Baumlichte.
Ferd. Kayser, Breite Str.
10926

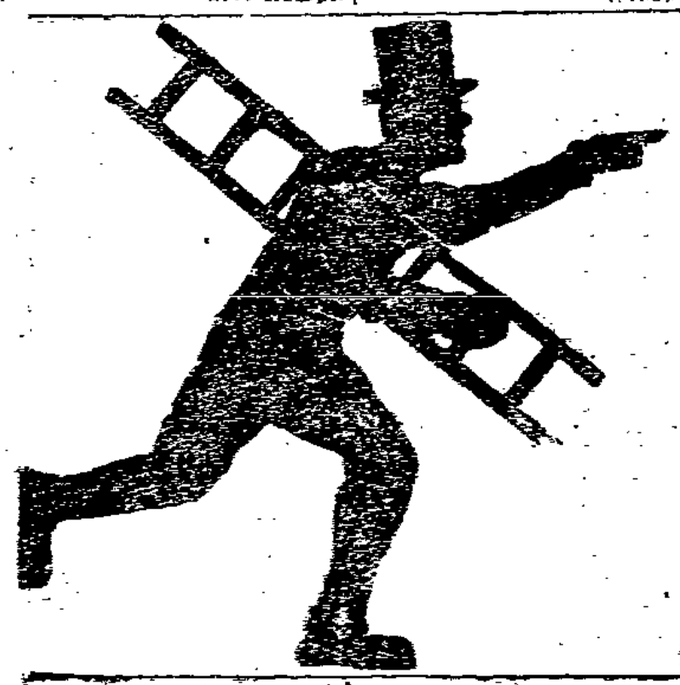
Eimerbier
jeden Dienstag
10942) **Hermann Stamer.**

Deutscher
Holzarbeiter-Verbd.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, dem 14. Dezember abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Stand der Lohnbewegung.
2. Beitragserhöhung.
3. Stellungnahme zur Weihnachtsunterstützung.
4. Verschiedenes. (10957
Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.

Versammlung
des
Vorstandes, Vertrauens'leute und der Betriebsräte
am Dienstag, dem 14. Dezember abends 7½ Uhr,
im Lokale von Friedr. Lender, Hundestraße 41.
10961) Die Ortsverwaltung.



Das ist ja der Unterschied

daß Dr. Gentner's Schuhputz **Nigrin** mit Banderole nur reines Terpentinöl enthält, während billigem Krem Wasser oder Ersatzstoffe zugesetzt sind.

Vertreter: C. T. Quelmann, Lübeck, Moerkerkestr. 19. Fernsprecher Nr. 3031. (10917

Deutsche Filedensgesellschaft
Ortsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
heute Montag, den 13. Dezember, 8 Uhr abends
im kleinen Saal der Schiffergesellschaft.
Tagesordnung:
1. Bericht d. vorl. Vorsitzend.
2. Beratung der Satzungen.
3. Wahlen.
4. Verschiedenes. (10927
Gäste willkommen.

Großer Gelegenheitskauf von getrag. Taschenuhren
Schweizer Werke, fast neu, unter mehrjähriger Garantie
gold. Damenuhren v. 150 M.
silb. „ „ 80 M.
Metall- „ 65 M.
silb. Herrenuhren v. 40-250 M.
Metall- „ 65 M.
gold. Trauringe, Wand- u. Weckuhren. (10950
Matern, Uhrm., **Beckergrube 26** schrägüber der Markthalle.

Schweineschmalz
Pfd. Mk. 20.— 10951
Kunsthonig Pfd. Mk. 6.50
Ia. Pfeffernüsse „ „ 9.00
Georg Wulff,
Buskestr. 5a.

Tannenbäume
von ¼—4 Meter Höhe in großer Auswahl empfiehlt.
E. E. Coujad,
Dornstr. 40. Fernruf 2799.
10956

Fledermaus
8½ Uhr
(10937
Biro-Duo
und das sensationelle
Dezember-Programm.

Hansa-Theater
Heute, 7½ Uhr sowie Dienstag 10955
(Abonnement Serie 1)
Gastspiel Trude Bornholt.
Schwarzwaldmädel
Mittwoch (Abonn. Serie 1)
Geständnis
Sensationsschauspiel in 7 Bildern.
Donnerstag
Gastspiel Trude Bornholt.
Dreimäderlhaus.

Stadttheater Lübeck.
Dienstag. Buchst. A u. 9. Vorst. i. O.-Ab. **König für einen Tag.** 7.30 Uhr.
Mittwoch. Buchst. C u. 10. Vorst. i. Opern-Abonn. **Undine.** 7.30 Uhr.

Gewerkschaftshaus.
Sonntag ab. 8 Uhr: Bunter Abend von Mitgliedern des Stadttheaters. Gesang—Tänze—Humor. Einheitspreis 3.— Mk. Vorverkauf an der Theaterkasse, Konsumverein und im Gewerkschaftshaus. (10936

Schweizer Damastleinen
Bettwäsche
Bettdamast
Bettfedern
Steppdecken
empfiehlt
Carl & Heinrich Bahl,
Beckergrube 102. (10919

Kinderwagen
Bettstellen
Matratzen
Stühle
empfiehlt
Will Pestkeilig
Beckergrube und Hüxstraße.
52 Hüxstraße 52

Konzerthaus Flora.
Dienstag, 14. Dzbr. 20
Grosser Bunter Abend
unter Mitwirkung des Berg-Humoristen
Hans Walter Stier.
Anfang 7½ Uhr. 10921

Auto-Omnibus-Linien der Nordmark.
Zwischen West-Travemünde, West-Ratzeburg, Mölln-Dergehorst, Neustadt-Eutin.
Der wegen des Streikes eingestellte Betrieb verkehrt von heute an wieder.
Ernst Friedrichs Gesellschaft Bertmann, Zweigniederl. Lübeck.

Zentralhallen
Morgen Dienstag (10953
Großes Tanzkränzchen.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung
am Mittwoch, 15. Dezember, abends 6½ Uhr im „Gewerkschaftshaus".
Tagesordnung:
1. Bericht der Ortsverwaltung.
2. Bewilligung von Geldern aus der Lokalkasse.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.
10918 **Die Ortsverwaltung.**

Beilage zu Nr. 291.
27. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Montag, den 13. Dezember 1920

Vorwärts mit Marx.

Wer die vor- und nachrevolutionäre Literatur des Sozialismus kritisch sichtet, wird zwischen beiden eine Fülle von Unterschieden und abweichenden Merkmalen feststellen, die sich zwar als solche bemerkbar machen, nicht immer aber sofort in ihrer unterscheidenden Note erkannt und gewertet werden können. Und doch wird es nachgerade Zeit, beide Literaturarten — denn man kann allmählich geradezu von zwei verschiedenen Arten sprechen — in ihrer Besonderheit zu erkennen, sie von einander zu trennen und das Gute und Bleibende, das sie, jede für sich, enthalten, herauszunehmen und zu einer neuen Einheit zu gestalten. Zu diesem Zweck sei zunächst jede der beiden Literaturen, die vorrevolutionäre wie die nachrevolutionäre, als solche gesondert einer Betrachtung unterzogen.

Die vorrevolutionäre Literatur fußt zunächst einmal auf die Altmeister des Sozialismus, auf Marx und Engels, ferner auf ihren Kommentatoren und Ergänzern, wie Bebel, Kautsky, Mehring, ferner auf denjenigen Schriftstellern, die zwar von Marx und Engels ausgehen, aber eigne und neue Wege beschreiten, wie Ed. Bernstein, Konrad Schmidt und andere. Beide Richtungen betonen ihre innige Verbindung mit den Altmeistern des Sozialismus. Beide lehnen jeden utopischen Sozialismus ab, betonen die Wissenschaftlichkeit ihres jeweiligen sozialistischen Lehrgebäudes und berufen sich in ihren Arbeiten auf die Väter des Sozialismus als auf ihre vornehmsten Quellen. Es ist nicht ganz leicht, in den gänzlich verschieden gearteten Schriften, etwa der Bernstein einerseits und der Kautsky andererseits, eine gemeinsame Richtung festzustellen, und doch ist dies notwendig, um den wissenschaftlichen Grundgedanken aller dieser Lehrer des Sozialismus möglichst klar und frei vom verwirrenden Beiwerk herauszuschälen. Da erscheint als hervorstechendstes Merkmal dieser vorrevolutionären Literatur folgendes: sie alle, mögen sie sich Radikale oder Revisionisten, orthodoxe oder fortschrittliche Marxisten oder wie immer nennen, sie alle fußen auf zwei Fundamentalgedanken: auf dem der Entwicklung und dem der Notwendigkeit. Das braucht im einzelnen kaum noch erklärt zu werden, lebt doch die große Mehrzahl der Parteigenossen völlig in diesen Grundanschauungen des Sozialismus.

Die kapitalistische Entwicklung — so kann man jene Formel kurz auseinandersetzen — treibt augenscheinlich über sich selbst zu der in ihrem Keim schlummernden höheren Wirtschaftsform, der sozialistischen nämlich, hinaus, so zwar, daß diese jene ablösen wird. Hierbei ist es gleichgültig, ob sich der kapitalistisch gerichtete Teil des Gegenwartsstaates gegen die Heraufkunft der sozialistischen Gesellschaft sträubt; diese muß mit Notwendigkeit kommen, und dem Reich des Zwanges wird das Reich der Freiheit folgen.

Bei dieser Betrachtungsweise wird von dem einen das Willensmoment der Massen, von dem anderen das automatische Geschehen der wirtschaftlichen Entwicklung stärker unterstrichen. In der Betonung der beiden Faktoren „Notwendige Entwicklung" und „Entwicklungsmäßige Notwendigkeit" herrscht jedoch in der vorrevolutionären Literatur Uebereinstimmung.

Wie stellt sich nun die Literatur seit dem 9. November zu diesen Fragen des Sozialismus? Fußt sie weiter auf den hier dargelegten Grundsätzen oder ersetzt sie diese durch neue Gesichtspunkte, oder endlich: vereint sie alte mit neuen Gedankengängen? Das ist die Frage, die nunmehr zu beantworten ist. Es kann in diesem Zusammenhang nicht auf die nachrevolutionäre Tages- und Eintagsliteratur eingegangen werden. Schriften, die aus der Fülle der Fragen eine einzige oder gar eine Teilfrage herausschälen, mögen zwar auch im Augenblick von Bedeutung sein, in größerem Zusammenhang können sie jedoch nicht einer kritischen Betrachtung unterzogen werden. Die größeren Arbeiten, die sich mit Fragen des Sozialismus auseinandersetzen, unterscheiden sich von der vorrevolutionären Literatur dadurch, daß in ihnen mehr als bisher der Versuch gemacht wird, ein Bild von der sozialistischen Zukunftsgesellschaft zu entwerfen. Das hatte die vorrevolutionäre Literatur — in enger Anlehnung an Engels und Marx, die dies als utopisch verworfen hatten — peinlich vermieden. Es genügte im allgemeinen, — oder man hielt es im allgemeinen für genügend — die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft bloszulegen, die zum Sozialismus hinführten, ohne diesen im einzelnen darstellen zu wollen. Einige Aeußerungen bei Marx, Kautsky u. a. über die Herrlichkeit der künftigen Gesellschaft vermochten an dem Grundsatz, von dieser kein ins Einzelne gehende Gemälde zu geben, nichts zu ändern. Dies erklärt sich einmal psychologisch als Rückwirkung gegen den durch die Altmeister des Sozialismus überwundenen utopischen Sozialismus; weiter erklärte es sich aus dem Bestreben heraus, die Wirtschaftsgesetze der Gegenwart und der Zukunft unter Entfernung aller nichtökonomischen Faktoren wie der Ideen, der menschlichen Wünsche, Neigungen und Leidenschaften, kurz aller „ideologischen" Faktoren wissenschaftlich zu erkennen.

Die nachrevolutionären Schriften sind in dieser Hinsicht nicht mehr so ängstlich. Erinnert sei an Ballods „Zukunftsstaat", der nach eingehender Schilderung der Produktionsbedingungen und der Verteilungsgesichtspunkte ein ziemlich genaues Bild der künftigen Gesellschaft entwirft, wie er sie sich vorstellt; erinnert sei ferner an Wilbrandts „Sozialismus" und an seine „Oekonomie", in der gleichfalls die „Hingabe-Wirtschaft", zu der wir über Tausch- und Gemeinwirtschaft hinausgelangen sollen, ausführlich dargelegt wird. Erwähnt sei schließlich die Fülle der kleineren Schriften, die sich mit Spezialfragen, wie der Sozialisierung des Bergbaus, der Verstaatlichung der Elektrizitätsbetriebe, der Kommunalisierung des Wohnungswesens, der Sozialisierung der Aerzte, des Medizinalwesens usw. beschäftigen, und so ein ungefähres Bild des künftigen Aussehens der einzelnen Produktionszweige entwerfen. Als hervorstechendstes Merkmal fast der gesamten nachrevolutionären Literatur muß jedoch erwähnt werden, daß fast durchweg der marxistische Gedanke der Notwendigkeit und der Entwicklung unbeachtet geblieben ist.

Hat man so die beiden Arten der revolutionären Literatur für sich gesondert betrachtet, so ist es nicht mehr allzuschwer, die oben angekündigte Einheit herzustellen. Die künftige wissenschaftliche Behandlung sozialistischer Fragen muß es sich — mehr als dies im Augenblick der Fall ist — angelegen sein lassen, von der Warte der grundsätzlichen Prinzipienerörterung aus die Fragen zu untersuchen. Sie muß aber, mehr als dies in der vorrevolutionären Literatur geschah, ihr Augenmerk in größerem Umfange auf sozialistische Einzelfragen lenken, um nicht die wissenschaftliche Untersuchung ins Reich der uferlosen Prinzipienerörterung zu verweisen. Andererseits muß die Untersuchung der Einzelfragen — gleichfalls weit mehr als bisher — die großen Grundsätze der Notwendigkeit und der Entwicklung ihrer Betrachtung zugrundelegen, um die Gefahren des Neuheraufkommens eines utopischen Sozialismus zu vermeiden. Man kann sehr wohl eine spezielle Frage, wie etwa die der Sozialisierung der Kohle, historisch-ökonomisch, d. h. unter Zugrundelegung der kapitalistischen Bedingungen und der geschichtlichen Voraussetzungen, untersuchen; man kann andrerseits nicht minder erfolgreich ein grundsätzliches System des Sozialismus schaffen, ohne dabei die Gestaltungsformeln der einzelnen Produktionszweige zu vernachlässigen. Werden in der künftigen Literatur mehr als bisher diese Gesichtspunkte berücksichtigt, so wird diese zwar ihrem Umfange nach zurückgehen, ihrem Werte nach aber bedeutend gewinnen, was für die wissenschaftliche Forschung wie für die praktische Auswirkung von höchstem Erfolge sein würde.

Freistaat Lübeck.

Montag, 13. Dezember.

Ein Wort an die Metallarbeiter.

Aus Metallarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Wer von uns Metallarbeitern jahrzehntelang Mitglied des Metallarbeiterverbandes ist und das gewerkschaftliche Leben unserer Organisation auch innerlich miterlebt hat, d. h. wer tätigen Anteil an dem Kampf um die wirtschaftliche Besserstellung aller Kollegen und Mitglieder genommen hat, der wird, wenn ihm gegen Schluß eines Jahres in einer einsamen Stunde die Geschehnisse in unserem Verband am Auge vorüberziehen, stets mit einem gewissen Bangen in die Zukunft blicken. Um die Zeit der Jahreswende werden in unseren Ortsverwaltungen die Neuwahlen vorgenommen und in Berlin tobt heute ein Kampf um die Besetzung der Aemter unter denselben Kollegen, die vor Jahresfrist noch gemeinsam und Arm in Arm jeden Sturz und jedes Fortjagen eines Verbandsbeamten, der den Makel an sich hat, der alten sozialdemokratischen Partei angugehören, als einen Sieg feierten, wie es besser unsere fanatisiertesten Kriegshetzer zur Zeit des Krieges nicht konnten, wenn ein wirklicher oder erdichteter Sieg die Zeitungen füllten. Die Rusch, Ziska, Malzahn und der unvermeidliche Leichenmüller, sie alle jubelten und fielen sich beglückt um den Hals, als sie es auf der letzten Generalversammlung unseres Verbandes im Oktober 1918 fertig gebracht hatten, unsern verdienten Kollegen Schlicke „abzusägen". Diese selben Leutchen liegen sich heute in den Haaren, um im Glorienschein ihres Vorzentums die Berliner Metallarbeiter zurückzuführen zu wirklicher aufbauender gewerkschaftlicher Tätigkeit, oder aber sie in die alleinseligmachenden Arme der 3. Internationale zu führen. Wir, die wir von jeher auf dem Boden unserer erprobten gewerkschaftlichen Erfahrungen standen, können aber trotzdem heute mit Befriedigung konstatieren, daß allmählich doch ein Gesundungsprozeß in all den Orten zu verzeichnen ist, in denen die zerstörende Arbeit der Maulhelden und Posten jäger von der radikalen Fakultät jede gesunde Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Arbeit verhindert. Heute können wir feststellen, daß die Dißmann, Brandes usw. durch die Last der Verantwortung gelernt haben, daß auch sie nur mit Wasser kochen können, und ihre großen Reden über das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder, die ihnen zu den Stellen, in denen sie heute sitzen, verholfen haben, lassen Taten bis heute vermissen, ja, wenn nicht allgemein bekannte Gründe einem abhielten, könnte man noch ganz andere Tatsachen mitteilen.

Doch genug von diesen, jedem aufmerksamen und mitarbeitenden Kollegen bekannten Tatsachen. Was mich veranlaßt, die Aufmerksamkeit der Lübecker Kollegen des Metallarbeiterverbandes kurz diese Begebenheiten ins Gedächtnis zu rufen, ist folgendes:

In dem Betrieb, indem ich beschäftigt bin, ist ein nach Meinung vieler der Radikalen zweifellos radikaler Betriebsrat am Ruder. Diese Mitglieder des Betriebsrats nun sind es, die eine wilde Agitation unter der Belegschaft führen, die das Ziel hat, am kommenden Mittwoch, an dem die Generalversammlung unserer Ortsverwaltung stattfinden soll, die Versammlung zu beherrschen, und wenn möglich, die ganze jetzige Ortsverwaltung davonzujagen, mit anderen Worten: die Experimente, wie wir sie in Berlin, Hamburg usw. erlebt haben, sollen nun auch in Lübeck versucht werden. Ja, man nennt schon die Namen derer, die an die Stelle der jetzigen Inhaber der Ämter treten sollen und an erster Stelle nennt man Roß, dessen Bemühungen um einen Posten ja den Einsichtigen kaum kein Geheimnis mehr ist. Kollegen! Mit mir sind tausende Kollegen in Lübeck, die seit Jahren in nie rastender Arbeit alle Kraft für unsere Organisation eingesetzt haben. Wir haben mitgeholfen, daß unser Verband das wurde, was er heute ist. Wollen wir uns nun von denjenigen, die erst gerade in unsere Organisation hineingerochen haben, auf Jahre hinaus alles verderben lassen, wollen wir mit uns solch frevelhaftes Spiel treiben lassen, wie es in Hamburg, Berlin und an anderen Orten geschehen ist? Nein, Kollegen! **Ich rufe Euch zu: wacht auf, kämpft um Eure Organisation, macht Euch nicht zu Mitschuldigen daran, daß unser Verband ewig ein Versuchskarnickel der 3. Internationale und deren Anhänger bleibt.**

Erscheint am kommenden Mittwoch in Massen in der Versammlung, wahrt Eure heiligsten Rechte. Es geht ums Ganze, es geht um Eure Organisation. Nehmen wir den Kampf auf und der Sieg ist unser, wenn wir erkennen, was wir zu verlieren haben, was für uns auf dem Spiele steht. Y.

Angrenzende Gebiete.

Zum Freispruch der Mordkappisten.

Schwerin, den 11. Dezember.

Das „Freie Wort" schreibt u. a.: Das Schwurgericht in Schwerin hat nach zweitägiger Verhandlung (worüber der „Volksbote" bereits berichtete) die Mordgesellen des ehemaligen Zeitfreiwilligen Hans Harlinghausen, der rechtzeitig entwischen konnte, freigesprochen. Es waren drei Offiziere der Reichswehr, die sich gleich Harlinghausen als Zeitfreiwillige in Wismar in die Truppe einstellen ließen, um den Kapp-Putschisten im März d. J. zum Siege zu verhelfen. Durch das Auftreten des Militärs und das ganze Verhalten seiner Soldaten kam es seinerzeit allenthalben zu Unruhen, zu Streiks, zu groben und gröblichsten Ausschreitungen seitens der Soldaten und ihrer Führer, die sich nicht scheuten, auf das arbeitende Volk schießen zu lassen, weil es für die Erhal-

Sirene.

Eine Schlösser- und Höhlengeschichte von L. Starklof.

10. Fortsetzung.

So verhielt es sich wirklich. Sie zählte die ganze Streitigkeit von Anfang her an den Fingern herunter, wußte jeden Platz, worauf es ankam, jede Biegung, wo die Grenzlinie hinüberschnitt, kannte die Bedeutung aller eingehauenen Zeichen, auch der undeutlichsten, und hatte ihre große Freude daran, wenn sie die Juristen mit ihrer Gelehrsamkeit recht verwirren konnte. Nur gegen den Förster von der Winterhauch gelang ihr das nicht. Lothar blieb ihr gegenüber mit dem höflichsten Anstande so ruhig auf seinem Satze, als hätte er es gegen eine Frau zu tun, die ihm einen Korb voll Streulaub aus dem Walde tragen wollte. Sie brachte ihn durch ihre vornehmen Manieren keinen Augenblick aus seiner Haltung, und die schwachen Punkte in ihren Argumenten wußte er so hell ans Licht zu ziehen, daß auch er im entgegengesetzten Sinne behaupten durfte: es werde heute hier nichts ausgerichtet werden! — Sirene fühlte übrigens nach den ersten zehn Worten, daß sie hier eine ganz überflüssige Person, also eigentlich gleicher Lage mit ihr befand sich der Baron Ulmet, welcher bei eine unglückliche Rolle spielte. Sie wußte von gar nichts, und hier kam es doch darauf an, ein Wort drein zu reden. In ganz seiner Kusine zum Besuch und nur als ihr Kavalier mitgeritten war in die öden Berge, von denen ihm ganz gleich galt, ob sie dem amerikanischen Freistaat oder dem Kaiser von China gehörten. Während jene nun gegeneinander haderten, kamen diese beiden ganz natürlich zusammen ins Gespräch, zuerst über ihre Pferde, ein Artikel, worin Sirene nicht ganz unwissend war; nachher über die Umgegend, über Nachbarschaft — worunter natürlich nur die auf den Schlössern Wartenstein, Kryburg, Naumburg, Schmittburg hausenden Adelsfamilien verstanden wurden. Zuletzt kam es heraus, daß Sirene und der hübsche, glatte Hauptmann sogar — wenn auch in ziemlich entfernten Graden — miteinander verwandt waren. Das gab Scherzreden, in welche Lothar von weitem her nicht ohne Anwandlung von Eifersucht hineinhorchte, und sie waren schon im besten Zuge, als die Gräfin ihr Pferd nun auch zu ihnen herumwendete, mit den Worten: vorläufig habe sie genug an dem Gequängel über Besitzstand, Meistümer, Urkundenbücher, Landmaß- und Flurkarten; — die Herren wollten jetzt von Stein zu Stein protokollieren, den Spaß müsse man ihnen nicht stören; unterdessen scheinen Fräulein Orvedal und der Kusin Flexian sich hier ja vortrefflich unterhalten zu haben; man solle ihr auch etwas davon zukommen lassen. Sie pfiffe ihre Kammerfrau Gabriele heran, stieg mit deren Hilfe und des Vetters Unterstützung vom Pferde; Sirene erhielt gleichen Ritterdienst, und die Herrschaften wandelten dem Walde zu, während die offiziell streitenden Parteien sich über den „Gewann" hinauf zu dem Punkte verfügten, von wo die verschiedenen Prätensionen nach entgegengesetzten Richtungen auseinanderzulaufen anfingen. Sirenen tat es zwar leid, ihren Ritter von gestern hier eine so untergeordnete Stellung im zweiten Glied einnehmen zu sehen, aber sie konnte dabei doch nichts ändern, und da auf sein Wort und Eingreifen hier mehr ankam, als auf alle Repräsentationsvorgänge, so mußte sie es gehen lassen. Die Gräfin fühlte sich von der Zierlichkeit, womit Sirene, als Ambassadrice der kranken Tante, ihr deren Gruß und Entschuldigung diplomatisch fein überbrachte, höchst angenehm geschmeichelt und nahm mit der besten Laune jenes Thema von der „ehemaligen" Hofdame wieder auf.

Sirene hatte sich auf eine möglichst günstige Darstellung ihrer Katastrophe besonnen und brachte mit Lasieren und Schattieren ein Bildchen zustande, welches zwar vor den scharfen Augen der Gräfin einige recht schwach vernebelte Partien behielt, sich im ganzen aber doch recht gefällig ausnahm. Sirene ließ merken, daß sie bei näherer Bekanntschaft noch manches unter vier Augen anvertrauen könne, was eigentlich die rechten Glanzpunkte ihrer Rechtfertigung enthalte, und die Gräfin war mit der schnell angeflogenen Idee, die hübsche, interessante Exilierte zu ihrer Unterhaltung nach Schloß Dhaun hinüberzuziehen, so augenblicklich im reinen, daß sie zweimal ihr Bärtchen zwickte und mit ihrer Proposition rasch herausfuhr. — Da würd' es Sirenen besser gefallen, als in dem öden Oberstein! Sie sollte nur sogleich mitreiten, oder wenigstens, wenn das nicht anginge, schon morgen hinkommen; das müsse sie versprechen! Dazu hielt die Gräfin die Hand hin. Daß Sirene durch eine abenteuerliche Begebenheit aus Zweibrücken weggekommen, erregte die ganz besondere Teilnahme der Gräfin. Sie hatte zu diesem Hofe und namentlich zum regierenden Herzog aus früherer Zeit her manche Beziehungen, in deren etwas zerrissenes, längst beiseite gelegtes Netz sie neue Fäden zu weben nun plötzlich eine Gelegenheit ahnte. Das hübsche Mädchen kam ihr da wie eine Zauberzither, aus welcher ganz seltsame Melodien hervorzulocken wären. — Als Sirene einzuschlagen zögerte, indem sie doch ohne Benachrichtigung die Tante nicht verlassen dürfe, versetzte die Gräfin: das solle gleich in Ordnung kommen; sie habe ja doch einen Besuch vor, und während die Grenzkämpfer hier Zeit und Papier umsonst verwüsteten, wollte sie doch versuchen, auf Schloß Oberstein bessere Operation durchzuführen. Sirene zuckte beim Gedanken an die Entsetzensfreude der Tante, wenn ihr dieser glänzende Heuschreckenschwarm ins Haus fiele! Die Gräfin war aber klug genug, die engen Verhältnisse der alten Stiftsdame nicht aus den Augen zu lassen, und hatte ja auch Absicht und Ursache, mit ihr unter vier Augen zu sein. Ihr schneller Ueberblick sprang vom Anfang einer Bahn sogleich ans Ende, und sie traf immer den rechten Punkt.

Gott bewahre davor, den ganzen Troß mitzuschleppen! Sogar der Baron bleibt zurück, um die Honneurs beim Frühstück zu machen, das wir ja wohl hier im Walde servieren lassen. Sie, liebe Kleine, zeigen mir den Weg und bringen mich wieder her. Gabriele kann mitreiten; sie hat mir schon gesagt, die Haushälterin auf Oberstein sei ihre Tante, und möchte sie gern auch gelegentlich besuchen. Franz soll die Pferde bringen!

Das ging alles wie Kommando eines resoluten Generals. Zaudern und Widerspruch kam bei der Gräfin nicht vor. Also aufgesessen und fort! — Sirene hatte zwar die kranke Tante als zu Bett liegend gemeldet; jedoch war ihr selbst an der beabsichtigten Einladung zu viel gelegen, um ernstlich gegen eigenes Interesse anzustreben; die Gräfin aber gab auf dergleichen Ablehnungsversuche ganz wenig, sondern meinte, was sie zu sprechen habe, lasse sich auch am Krankenbette abtun. — — Und so kam es denn auch wirklich. Tante Ludmilla zürnte zwar sehr auf die leichtsinnige Nichte, welche ihren Auftrag so schlecht ausgerichtet, aber die Gräfin ließ sich nicht abweisen, wollte nicht umsonst daher geritten sein, drang ins Zimmer, setzte sich an das Krankenbett, in welches die Stiftsdame wirklich hineingeschlüpft war, und bot eine so bezaubernde Liebenswürdigkeit auf, daß Frau von Grumbach wirklich nicht wußte, wie sie je dazu gekommen, diese freundliche Trösterin für eine hochmütig-egoistische Despotin zu halten. Frau von Grumbach sollte nach Dhaun hinüberkommen, Sirenen mitbringen, drei, vier Wochen dort bleiben, und wenn sie das nicht könne, ihr wenigstens das Fräulein dalassen — ein so reizendes Kind, von dem man sich nicht wieder trennen könne, wenn man es einmal gesehen! — Frau von Grumbach hatte viel Haushaltungshindernisse für ihre Person einzuwenden, wollte die Einladung für Sirene zwar gerne annehmen, mußte aber zu ihrem Hinüberschicken noch Frist erbitten, da sie stündlich Briefe aus Zweibrücken erwarte, die über das nächste Schicksal ihrer Nichte bestimmte Weisung geben müßten. Dieser Akkord schlug natürlich die ganze Melodie von der Entlassung an, und die Gräfin suchte diese ihr so interessante Geschichte durch ein gewandte Frag- und Antwortspiel hier gelegentlich ins klare zu schwatzen. Aber seltsamerweise konnte in diesem Punkt ihre sonst so bedeutende geistige Ueberlegenheit doch aus der kleinen schwachen Frau nicht die Nachrichten herausquetschen, auf welche es ihr zur Uebersicht der Sachverhältnisse gerade wesentlich ankam.

Fortsetzung folgt.

tung der republikanischen Staatsform und für die rechtmäßige eingesetzte Regierung eintrat.

Wie in zahlreichen anderen Orten, so kamen auch bei Grevesmühlen Erschießungen unschuldiger Staatsbürger durch rohe, freche, ungebildete Reichswehrsoldaten vor. Bei dem mehr als zwei Stunden von Grevesmühlen gelegenen, völlig ruhigen Dörfchen Hungerstorf wurde am 20. März vormittags in einer Sandgrube der 40 Jahre alte, verheiratete Arbeiter Paul Jahnke erschossen. Die oder der Mörder meldeten sich trotz vieler Aufforderungen nicht, sie verkrochen sich, als es hieß, Rechenschaft über ihre Tat vor der Oeffentlichkeit abzulegen. Der Staatsanwaltschaft war es nur nach langen Bemühungen mit Mühe und Not möglich gewesen, die Namen der zehn Soldaten zu erfahren, die am 20. März von Grevesmühlen ausgerückt waren, um die Furcht des Herrn von Puttkamer in dem Herrenhause in Hungerstorf zu dämpfen und ihn event. in Schutz zu nehmen.

Eine Beschützung dieses Herrn war aber gar nicht erforderlich, denn in Hungerstorf herrschte nicht nur vollkommene Ruhe und Ordnung unter den paar dort wohnenden Arbeitern, es war auch aus der Umgebung her keinerlei Gefahr zu erwarten. Aber das Militär durfte nicht ruhen. Da es in Grevesmühlen keine Beschäftigung gab, wurden diese Soldaten auf die Dörfer geschickt, dort war eher etwas zu machen und zu Essen, Trinken und Rauchen gab es bei den Großgrundbesitzern auch. Zehn „Jünglinge" wurden von Grevesmühlen nach Hungerstorf gefahren. — Der Student Franz Thormann aus Wismar war angeklagt, bei dem Morde Beihilfe geleistet zu haben. Th. macht den Eindruck eines 17jährigen verzogenen Menschen, ist lang und schmächtig. Ein angesehener Geschworener, der gerade nicht beschäftigt ist, spricht sich recht abfällig über „den Menschen mit seinem frechen Getue" aus. Allgemein hörte man: der Thormann ist doch der unsympatischste Angeklagte, Sie sehen ja, wie er wieder frech lacht ... Und dieser „Mann" war der Führer der Mordpatrouille! Die zwei Rechtsanwälte, die ihm sein reicher Vater zur Seite gestellt hatte, nahmen sich seiner mit aller Wärme und nicht zu überbietender Energie an. Davon einige Proben: Rechtsanwalt Hinrichsen-Güstrow, der Verteidiger Thormanns, wagt zu sagen, daß heute ein Ehrentag des jungen Thormann sei. Als freier Mann, erhobenen Hauptes werde er diesen Platz verlassen, wenn es noch Gerechtigkeit gibt! Alle ordnungsliebenden Menschen in Wismar u. a. O. seien an jenen Tagen von Verbrechern bedroht worden. Jahnke wollte seinen Dienstherrn umbringen! Für die Angeklagten galt Kriegsrecht. Wie leicht wäre Jahnke mit den jungen Leuten fertig geworden! In diesem Sinne sprach dieser Mann und bezeichnete es nur als eine Disziplinarwidrigkeit, daß man den J. schon unterwegs erschossen hat! Der Fall sei auch aus dem Gesichtswinkel zu beurteilen, daß sich die Leute für einander hingegeben hätten, diese Kameradschaftlichkeit absoluteste Selbstlosigkeit bedeute, während die Genossen lauter Leute seien, die nur ihre materiellen Interessen im Auge haben! Einen Mann wie Thormann könne und dürfe man nicht verurteilen!!! Ein anderer Anwalt, ein Freund des Angeklagten Thormann, führte u. a. aus: „Es war Krieg. Am 19. März sei erst ein Erlaß über die Bildung von Standgerichten von Berlin herausgekommen. Im Kriege kann man sich mit Gefangenen nicht aufhalten." Rechtsanwalt Schröder-Wismar sagte: Es war keine Ordnung mehr, sondern Krieg, Bürgerkrieg. Im Kriege werden Franktieure einfach erschossen. Jahnke war ein Plünderer und Aufhetzer. In der Kaserne war gesagt worden, man solle rücksichtslos vorgehen. Ausnahmslos waren die Angeklagten zu der Meinung gekommen, J. müsse erschossen werden. — Solche Hetzreden sind wohl selten in einem Gerichtssaale gehalten worden.

Weiter schreibt unser Schweriner Parteiblatt: Die Vorgänge im Herrenhause zu Hungerstorf sind skandalhaft, von Puttkamer hätte deshalb auch die Anklagebank zieren müssen, vielleicht als Nummer zwei, als Nummer eins aber hätte dort sitzen müssen der Herr von Leitner, der noch immer Bürgermeister in Grevesmühlen ist. Er ließ das Militär kommen; er stand auch in enger Verbindung mit von Puttkamer und sorgte alsdann dafür, da Herr v. P. auch reichlichen Schutz erhielt.

Es bleibt einem Menschen fast der Verstand stille stehen, wenn er hört, was in jener Gegend damals geschah zur Verhaftung des Arbeiters Jahnke, der sich zu Hause im Bette ausruhte. von Leitner, von Puttkamer, Stöwer und all die Jünglinge um sie her, waren sicherlich von allen guten Geistern verlassen, als sie nach Hungerstorf vorstießen. v. P. hat die „Jäger" nach allen Regeln der Kunst gegen seinen Arbeiter Jahnke, den er selbst als einen sehr tüchtigen Arbeiter bezeichnen mußte, aufgeputscht. Es war dann gar nicht zu verwundern, daß sich die Jünglinge kaum noch halten ließen und „nicht damit einverstanden" waren, daß J. nach Gr. transportiert wurde, sondern sofort auf der Stelle, vor den Augen des von P. wollten sie den Mann erschießen; am besten sei es jedoch, man mache es unter vier Augen ab. Scheußlich.

Nichts ist in der Verhandlung bewiesen worden über das angebliche „aufrührerische Treiben" des Jahnke. Erwiesen aber ist, daß Jahnke völlig unschuldig war, nichts Staatsgefährliches getan hatte. Eine tierische Rohheit entwickelten nur die Soldaten, die gekommen waren, um J. in Schutzhaft zu nehmen, nicht aber um ihn zu malträtieren und schließlich meuchlings zu töten. Die Worte Harlinghausens vor der berühmten Sandgrube: „Hier geht es!" lassen klar die Absicht der Ermordung erkennen. Tatsächlich war aber der Beschluß des Mordes schon in der Wohnstube des von Puttkamer gefaßt worden! Als Frau J. um Aufschluß bittet, warum ihr Mann Abschied nehmen muß, wohin man ihn wohl bringen wolle, brüstet sich der Thormann damit, daß er erschossen werde! Th. besaß die Frechheit, den Arbeiter Bode ins Gesicht zu schlagen, als er nicht angibt, wo sich die Waffen befinden. Es besaß niemand Waffen im Dorfe und Th. wußte, daß sich der Geschlagene vor den Soldaten nicht zur Wehr setzen konnte. Diese feige Tat Thormanns kennzeichnet ihn zur Genüge. „Man" wollte aber provozieren, den starken Mann herauskehren. Dann wurden die beiden Arbeiter eingesperrt, der eine in die sog. Russen-, der andere in die sog. Knechtskammer und „man" setzte sich wieder an den Beratungstisch des Herrn von Puttkamer und trank Wein und rauchte dicke Zigarren. Die zwei Russen liefen aus Furcht vor den Gewaltmenschen davon. Es ist erkannlich, daß die Geschworenen zu einer Verneinung aller Schuldfragen gekommen sind. Selbst wenn die Soldaten den militärischen Gesetzen unterstanden — die militärische Führung hatte ja bekanntlich vollständig versagt und arbeitete der Verfassung direkt entgegen — handelten sie völlig dem gewordenen Befehl zuwider.

Viel zu sicher schien der Erste Staatsanwalt seiner Sache. Die Geschworenen haben sich vielleicht des Eindrucks nicht erwehren können, als würde es schlecht um die Anklage; denn matt war die Begründung, matt die Entgegnung auf die Reden der Verteidiger, matt entsprechend die ganze Stimmung, in der sich der 1. Staatsanwalt befand. Es wurde ihm alles schwer gemacht, gewiß, aber die „amerikanische" Einstellung eines Staatsanwalts [illegible] Personen gegenüber, das haben wir denn doch noch nicht erlebt.

Wir können nur immer wieder sagen: Wenn das nur Arbeiter gewesen wären, sie wären nicht so rücksichtsvoll-vornehm behandelt, nicht so „eifrig" verteidigt worden; da hätte man es an scharfen Worten nicht fehlen lassen und das Urteil wäre wohl auch etwas anders ausgefallen.

*

Güstrow. Die [illegible] Agrarier nahmen auf ihrer Landesversammlung eine Resolution an, die sich gegen das Reichsnotopfer, sowie die drohende Grund- und Gebäudesteuer richtet. Die Resolution enthält folgenden kühnen Schlußsatz: Die mecklenburgische Landwirtschaft legt daher allerschärfste Verwahrung ein gegen die beabsichtigten Steuerverordnungen und gegen die sie drückenden geplanten neuen Steuergesetze und ist im Interesse des Wiederaufbaues des Vaterlandes und der Volksernährung gewillt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Erdrosselung der Landwirtschaft durch unerträgliche Steuern zu verhindern. — Die „Ritter" waren noch stets Feinde des Steuerzahlens. Sie verstehen es weit besser, den Staat als melkende Kuh zu betrachten, als ihm die notwendigen Abgaben zu gewähren. Der drohende „Zusammenbruch" der Mecklenburger Landwirte könnte höchstens unter der schweren Last des Profits erfolgen, nicht der Steuer wegen, von denen sie sich fein zu drücken verstehen. Die Landarbeiter werden schwerer zur Steuer herangezogen als die Agrarier.

Aus der Partei.

Der beste Weg der Einigung. Nach einer Mitteilung der „Fränkischen Tagespost" ist die Ortsgruppe Grafenwöhr (Bayern) der U. S. P. mit der gesamten Vorstandschaft zur alten Partei zurückgekehrt. Zurück blieben nur einige ganz Radikale. Im „schwarzen Bezirk" geht es überhaupt rüstig vorwärts. Die Sektion Grafenwöhr ist von 33 auf 168 Mitglieder gestiegen. Im Kirchenthumbach hat sich eine Sektion mit 23, in Pappenberg mit 36 Mitgliedern gebildet.

Ueberall Fortschritte! Im Bezirk Mittelschlesien ist nach einem Bericht des Bezirkssekretariats im letzten Jahre die Zahl der Ortsvereine von 131 auf 310 und die der Mitglieder von 39634 auf 57154 gestiegen. Breslau Stadt hat allein einen Gewinn von 7300 Mitgliedern zu verzeichnen. Trotz der schweren wirtschaftlichen Krisen und der Verteuerung der Abonnements hat auch die Presse im Bezirk gute Fortschritte gemacht. Die Breslauer „Volkswacht" wird Anfang Januar im eigenen Heim erscheinen. Die Striegauer Genossen haben sich in der „Striegauer Volkszeitung" ein auf ihre besonderen Verhältnisse mehr zugeschnittenes Organ geschaffen. In den Kreisen Glatz—Hoyerschwerdt wurde als neuer Streiter die „Glatzer Volksstimme" geschaffen. Ab Januar treten in Brieg die „Brieger Volksstimme" und in Oels die „Oelser Volksstimme" ins Leben. So gehen die Genossen Mittelschlesiens gerüstet und siegesgewiß in den bevorstehenden Wahlkampf.

Massenübertritte aus der U. S. P. D. Im Bezirk Hessen-Nassau sind siebzehn Ortsgruppen der U. S. P. (rechts) geschlossen zur alten Partei übergetreten. Deutlicher kann die Lebensfähigkeit der alten Sozialdemokratie nicht bewiesen werden. Es zeigt sich, daß unseren Ideen immer noch die alte Werbekraft innewohnt, und daß keine Verleumdungen vermocht haben, sie zu brechen. Große Teile der Arbeiterschaft erkennen erfreulicherweise nunmehr, daß sie irregeführt worden sind.

Parteispaltung in der Schweiz. Der schweizerische sozialistische Parteitag lehnte mit 350 gegen 213 Stimmen den Eintritt in die Dritte Internationale ab, worauf die Linke der Partei den Saal verließ. Sie wird sich an den weiteren Arbeiten der Partei nicht mehr beteiligen.

Arbeiterbewegung.

Werkmeister-Verband und Afa-Bund. Durch die dem kapitalistischen Unternehmertum nahestehende Tagespresse geht ein Artikel unter der Ueberschrift „Der Zerfall der sozialistischen Angestelltenbewegung", in dem allerlei ungereimtes Zeug über innere Schwierigkeiten des Afa-Bundes berichtet wird. In Wirklichkeit handelt es sich lediglich um Bestrebungen einzelner Personen im Deutschen Werkmeister-Verband, die dahin gehen, diese Organisation von ihrem freigewerkschaftlichen Standpunkt abzulenken und in das Lager der Hirsch-Dunckerschen Bewegung hinüberzudrängen. Die überwältigende Mehrheit der Mitglieder des Werkmeister-Verbandes steht allen derartigen Versuchen eines Richtungswechsels durchaus ablehnend gegenüber, und die Unternehmerblätter dürften sich zu früh gefreut haben. Ueber die tatsächlichen Vorgänge im Werkmeister-Verband sind seitens des Afa-Vorstandes die entsprechenden Aufklärungsmaßnahmen zur Richtigstellung der falschen Gerüchte in die Wege geleitet.

Reich und Ausland.

200 000 Mark Geldstrafe für einen Wucherer. Das Wuchergericht in Memel, das in letzter Zeit wiederholt hohe Strafen wegen unerlaubter Ausfuhr von Lebensmitteln verhängt hat, verurteilte den Molkereibesitzer Sturmat aus Gillauden, der mit Hilfe eines Zollbeamten 150 Zentner Käse an einen Kaufmann in Berlin verschieben wollte, zu neun Monaten Gefängnis und zweihunderttausend Mark Geldstrafe. Der Zollbeamte erhielt drei Monate Gefängnis und dreihundert Mark Geldstrafe.

Schwerer Raubüberfall. In dem Dorfe Senzig bei Königswusterhausen verübten Freitag abend vier Männer, anscheinend Berliner Verbrecher, einen Ueberfall in dem Hause des Dampfsägewerkbesitzers Stoebert. Dieser wurde erschossen, die Wirtschafterin schwer verletzt. Die Verbrecher mußten ohne wesentliche Beute entfliehen.

500 Schafe verbrannt. Eine große Feuersbrunst wütete auf dem im Kreise Anklam gelegenen Rittergute Teterin des Rittergutsbesitzers v. Heyden-Linden. Es ist viel Vieh, darunter 500 Schafe verbrannt.

Selbstmord. Angeblich in einem Anfall von geistiger Umnachtung erhängte sich in Magdeburg der Landgerichtsdirektor Hildebrandt.

Dreifacher Mord. In Knautkleeberg bei Leipzig wurden Sonnabend morgen die Eheleute Panther und der bei ihnen wohnende Gemeindebeamte Bergmann ermordet aufgefunden. Ob ein Raubmord vorliegt, steht noch nicht fest.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Bielefeld verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den 19jährigen Arbeiter Theodor Westerheide aus Ubbedissen wegen Mordes zum Tode und versuchten Mordes zu zwei Jahren Zuchthaus, seinen Bruder, den 32jährigen Schuhmachermeister Hermann Westerheide wegen Anstiftung zum Totschlag zu zwölf Jahren Zuchthaus. Der jüngere Bruder hatte am 27. Juni einen Mordanschlag gegen die Ehefrau seines Bruders verübt und am 17. Juli den Militärbeamten Becker auf der Landstraße erschossen.

Durch ein Großfeuer wurden Sonnabend morgen die Palatiawerke in Zweibrücken vernichtet. Sehr große Holzvorräte und die gesamte Fabrikeinrichtung sind verbrannt. Eine 60jährige Frau ist erstickt.

Vom Blitz getötet. Sonnabend mittag tötete in Rom ein Blitzschlag zwei und verletzte acht Personen.

Ein Zyklon hat nach einer Meldung aus Tarent (Italien) die Gegend von Manduria heimgesucht. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt. Zwei Personen wurden getötet und fünfzig verwundet. In Lecce ist infolge Ueberschwemmung eine Brücke eingestürzt. Es sollen dabei 20 Personen umgekommen sein.

Ein furchtbares Erdbeben in Albanien. Der „Temps" in Rom meldet aus Valona, daß durch ein Erdbeben sämtliche Dörfer in der Umgegend von Tepelini zerstört wurden. Die Stadt selbst ist vollständig vom Erdboden verschwunden. Mehr als 200 Personen sind umgekommen, 15000 sind obdachlos. Die Erderschütterungen dauern an.

Eisenbahnunglück in Frankreich. Sonnabend morgen um 9 Uhr stieß ein Güterzug mit einem Personenzug unweit des Bahnhofs Armentieres zusammen. Zehn Personen wurden getötet und über 20 verwundet. Der Sachschaden ist bedeutend.

Während eines Sektgelages vergiftet. In einem Hotel in Meran hat sich die spanische Tänzerin Bevean während eines Sektgelages mit Zyankali vergiftet. In einem hinterlassenen Schreiben gibt sie an, daß sie ohne den Mann, dem ihr Herz gehöre, nicht weiterzuleben imstande sei, und daher aus dem Leben scheide.

Lynchjustiz in Kalifornien. Nach einer Reutermeldung aus Santa Rosa (Kalifornien) wurden drei Männer, die beschuldigt waren, drei Polizisten ermordet zu haben, von hundert maskierten Leuten, die das Gefängnispersonal überwältigten, um Mitternacht aus dem Gefängnis entführt und aufgehängt.

Ein Erdbeben in Zentralamerika. Wie aus San Salvador gemeldet wird, ereignete sich in Choluteca (Honduras) ein Erdbeben. In Chinandega und Coointo (Nicaragua) wurden heftige Erdstöße verspürt.

Theater und Musik.

Volkslieder-Abend des Bähnke-Chors. Der Chor nicht besonders stark, aber frische, gutgeschulte Stimmen. Weit mehr Damen als Herren. Bei allen große Sangesfreudigkeit. Bähnke ein zuverlässiger Dirigent, der Temperament besitzt und dem alle willig folgen. Weisen aus vergangenen Jahrhunderten, darunter einige bekannte wie „Die Lore am Tore", „Wenn ich ein Vöglein wär", bilden das Programm. Von Zeit zu Zeit hört man die alten gern, denn manche besitzen in ihrer Schlichtheit und gefälligen Einfachheit den Vorzug ewiger Jugend. Die Wiedergabe war durchweg fein abgetönt und hielt sich nach Kräften fern von den früher beliebten Liedertafeln. So wurde denn der Volksliederabend, der die Aula des Johanneums am Sonnabend dicht füllte, ein schöner Erfolg. Dazu trug nicht wenig die Mitwirkung von Frau Elsa Gregory-Haag bei, die mit gut gebildeter Stimme schelmische und verliebte Lieder zur Laute sang. „Sie sang so, wie sie mußt, und wie sie mußt, so konnt sie es". Die Künstlerin müßte sich zu mehreren Zugaben verstehen. X

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 11. Dezember.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		11. Dez.	10. Dez.
Holland	100 fl.	2250 1/2	2272 1/2
Kopenhagen	100 Kr.	1070	1107 1/2
Stockholm	100 Kr.	1417 1/2	1437 1/2
Kristiania	100 Kr.	1070	1097 1/2
Helsingfors	100 finn. Mk.	170	180
Schweiz	100 Frs.	1142 1/2	1157 1/2
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	22	22 1/4
Budapest	100 K.	—	15 1/2
Prag	100 K.	84 3/4	85
Spanien	100 Pesetas	942 1/2	945
London	1 £	253 3/4	257 1/2
Paris	100 Frs.	437	441
Belgien	100 Frs.	462	469 1/2
Italien	100 Lire	265	270
Bukarest	100 Lei	—	—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	73 5/8	74 1/4
do. briefl. Ausz. od. Scheck		73 1/8	75 5/8

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Std.
		Angekommen am 11. Dezember.				
D.		Continental	Hell	Oxelösund	2 1/2	
	S.	Schneewittchen	Götsche	Limhamn	1	
D.		Elbe	Maurmann	Stettin	1	
		Angekommen am 12. Dezember.				
D.		LudwigKolberg	Jacobsen	Kopenhagen		12
D.		Finnland	Mattson	Abö	8 1/2	
D.		Hernoffand	Münstermann	Hamburg	1	
	S.	Daptno	Blankenberg	Apenrade	1	
D.		Oranda	Hallroos	Abö	2 1/2	
D.		Bredow	Fuß	Malmö	1	
		Angekommen am 13. Dezember.				
D.		Dedina	Ehrtmann	Stettin	1 1/2	
D.		Prinz-Leopold	Bode	von See		

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend, e. G. m. b. H.

Zum Kuchenbacken empfehlen wir:

Backpulver GEG Päckchen M. —,35
Trockenei „Rogo", Inhalt gleich 2 Eier, Beutel M. 1,75
Lackto-Eipulver Päckchen M. —,70
Zitronen Stück M. —,70
Mandeln, süße Pfund M. 25,—
Rosinen, Sultana Pfund M. 18,—
Rosinen, Eleme Pfund M. 10,80
Korinthen Pfund M. 14,—
Rosenessenz Gläschen M. —,25
Zitronenessenz Gläschen M. —,20
Mandelessenz Gläschen M. —,20

sowie alle sonstigen Backgewürze. 10947

Salomba-Seifenpulver
mit Salmiak-Terpentinzusatz
wieder da!
1-Pfundpaket nur Mk. 4.—. 10986